

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



HARVARD LAW LIBRARY

FROM THE LIBRARY

OF

ERNST LANDSBERG



GERMANY

Sand J.

Die Porschriften *

über bie

Ausbildung der Juristen

in Preugen.

Mit Unmerkungen.

Dritte Anflage.

(Unter Berücfichtigung ber Allgemeinen Verfügung vom 12. Juli 1904.)



Berlin, 1904.

Verlag von Franz Vahlen.

W. 8, Mohrenftrage 13/14.

Digitized by Google

F05553

JULY 15 - 1932

Vorwort zur dritten Auflage.

In der vorliegenden neuen Auflage hat bereits die Allgemeine Verfügung bes Justizministers vom 12. Juli 1904 (Juft.Min.Bl. S. 177 f.) Berücksichtigung finden können. Durch diese Berfügung find die bisherigen Vorschriften des Regulativs vom 1. Mai 1883 in einigen wichtigen Puntten geandert: mit bem Befuche um Bulaffung zur ersten juriftischen Prüfung follen fortan Arbeiten, welche in seminaristischen und Ubungs-Borlefungen gefertigt find, nicht mehr vorgelegt werden (§ 4 Biff. 3); ben Rechtstandibaten fteht fortan nicht mehr die Bahl ber Disziplin zu, welcher die rechtswissenschaftliche Arbeit angehören soll (§ 6); nach beenbeter Brufung foll nicht nur bas Befamtergebnis berfelben, fondern auch bas Ergebnis ber mündlichen Brufung in ben privatrechtlichen und in ben öffentlich= rechtlichen Disziplinen gesondert zu den Aften vermertt merben (§ 10).

In den Anmerkungen zu den einzelnen Paragraphen bes Regulativs find verschiedene wichtige, in den letten Jahren ergangene justizministerielle Berfügungen zum Abdruck gelangt.

Juli 1904.

Vorwort zur zweiten Auflage.

Die Ginführung bes Deutschen Bürgerlichen Befet buchs hat eine veränderte Ginrichtung des Rechtsftudi= ums und ber erften juriftischen Prufung gur not= wendigen Folge. Der Unterrichtsminister und ber Justizminifter haben jeber burch eine Allgemeine im beiberseitigen Einverständnisse unterm 18. Januar 1897 erlaffene Berfügung bie entsprechenbe Anordnung für bie Universitäten und für bie Brüfungskandibaten, wie für die Prüfungstommissionen getroffen.

Im Reichs: und Staatsanzeiger vom 28. Januar 1897 ift dazu eine nähere Erläuterung veröffentlicht, aus welcher die volle Tragweite und Wichtigkeit der Berfügungen hervorgeht. Der Reichs= und Staats=

anzeiger fagt:

Das Bürgerliche Gesethuch hat mit ber Umgeftaltung unseres Rechtslebens notwendig auch eine durchgreifende Underung bes juristischen Unterrichts zur Folge. Diefelbe fann fich nicht barauf beschränken, ben neuen Rechtsftoff unter bie Vorlesungen an ben Universitäten und unter bie Begenstände ber bie Studienzeit abichließenben erften juriftischen Prüfung aufzunehmen. Sie muß vielmehr babin ftreben, ibn zu dem vorhandenen Lehrstoff in das richtige Berhält= nis zu feten und burch Sichtung bes letteren, wie burch zwedentsprechende Gestaltung der Unterrichtseinrichtungen ein den Anforderungen des Lebens alleseitig entsprechende Borbereitung zu ermöglichen. Diese Erwägungen haben zu der im Einverständnis mit dem Herrn Unterrichtsminister ergangenen Allgemeinen Bersfügung des Herrn Justizministers vom 18. Januar 1897, betr. die erste juristische Prüfung, und zu der von ersterem zur Ergänzung derselben an die Universitäten erlassenen Berfügung vom gleichen Tage geführt.

1. Gine volle Neugestaltung bes juriftischen Studiengangs ift nicht beabsichtigt. Die getroffenen Bestimmungen schließen sich vielmehr an die bisher übliche Studienordnung an, indem sie dieselbe vorzugsweise nach brei Richtungen beeinflussen.

a) Nr. I Abs. 1 ber Justiz-Ministerialversügung zählt die künftig wegfallenden und die an ihre Stelle tretenden Borlesungen auf. Entsprechend der in der Sitzung des Reichstages vom 11. Dezember 1896 ansgenommenen Resolution, betr. den Antrag der Abgg. Dr. Bachem u. Gen., geht die Verfügung von dem Gebanken aus, das deutsche dürgerliche Recht in den Mittelpunkt des Rechtsunterrichts zu stellen. Zugleich soll jedoch dem römischen und deutschen Recht die gebührende Stellung im Unterricht gewahrt werden. Neben der auf 16—20 Stunden wöchentlich berechneten Vorlesung über das deutsche dürgerliche Recht und neben den unten zu besprechenden Übungen im bürgerslichen Recht sind beshalb Vorlesungen über römische Rechtsgeschichte und System des römischen Arivatrechts

mit zusammen 8-10, sowie über beutsche Rechts= geschichte und Grundzüge bes beutschen Privatrechts mit zusammen 6-8 Wochenstunden vorgesehen. bisherigen Vorlesungen über Panbekten und beutsches Privatrecht werben als wegfallende angesehen. Dagegen ist vorausgesett, daß die römische und beutscherechtliche Entwidelung, soweit fie bie bogmengeschichtlichen Grundlagen bes beutschen burgerlichen Rechts bilben, eingebend in der Borlefung über letteres zu behandeln find. In dieser werben auch die privatrechtlichen Beftimmungen bes preußischen Landrechts und bes rheinisch= frangösischen Rechts - abgesehen von der ihnen in der Dogmengeschichte bes beutschen burgerlichen Rechts quteil werbenben Berudfichtigung — Erörterung zu finden haben, foweit fie noch fernerhin bauernb Beltung behalten und bemaufolge als landesrechtliche Ergangung bes beutschen burgerlichen Rechts anzusehen find. Daneben erscheint zur Orientierung über bie Rechtsentwickelung in Preußen eine ein= bis zweistundige Borlefung genügenb.

b) Wenn nach ben getroffenen Bestimmungen bie (in einem ober mehreren Abschnitten zu hörenbe) Borslesung über bürgerliches Recht in die erste Sälfte der Studienzeit zu verlegen ist und in diese auch mindestens eine Übung im bürgerlichen Recht fallen muß, so bezeichnet dies nicht nur den Gegensatz zu der disherigen Stellung der Borlesungen über Landrecht und französsisches Recht, an welche die Studierenden erst in den letzten Semestern heranzutreten pslegten, sondern bes

zweckt gleichzeitig, in der zweiten Sälfte der Studienszeit auch der Beschäftigung mit öffentlichrechtlichen und staatswissenschaftlichen Borlesungen den erforderlichen Raum zu gewähren.

- e) Die Teilnahme an Übungsvorlesungen ift ben Studierenben feitens bes Berrn Unterrichtsminifters mehrfach empfohlen. Im Sinblick hierauf war anläklich ber 1890 erfolgten Anderung bes Prüfungsregulativs seitens des Herrn Justizministers auch die Borlage ber bezüglichen Fleißzeugniffe und schriftlichen Arbeiten bei ber Melbung gur erften juriftischen Prüfung anbeimgegeben. Die Erfahrungen ber Prüfungsbehörben in ben letten Sahren haben biefe Art ber Behandlung bes Borlefungestoffes als hervorragend nutbringend und als befonders geeignet erwiesen, ben Stubierenben por Augen zu führen, welchen Gewinn ihnen bie Teilnahme an ben theoretischen Borlesungen bringt. In ben vorliegenden Verfügungen ist beshalb bie Teilnahme an mindestens zwei mit schriftlichen Arbeiten verbundenen, etwa zweistundigen übungen im burger= lichen Recht und an einer bas burgerliche Recht mit= umfassenden zivilprozessualischen Ubung, fowie die Borlage ber in Nr. III ber Juft. - Min. - Berf. näher bezeichneten, unten zu erörternden Rachweise zur Bflicht aemacht.
- 2. Eine direkte Berlängerung der gesetzlich auf drei Zahre festgesetzen juristischen Studienzeit ist nicht in Aussicht genommen. Den Fleißigen soll vielmehr die Möglickeit erhalten bleiben, binnen sechs Semestern ihr

Rechtsstudium zu vollenden. Diesen wird es auch nach wie vor möglich sein, dem Studienplan in sechs Semestern vollständig zu genügen. Die wöchentliche Stundenzahl der nach Nr. 1 der Zust. Min. Berf. und Nr. 2 der Berf. d. Unterr. Min. neu eintretenden Vorslesungen bleibt hinter berjenigen der wegsallenden, wie die nachstehende Bergleichung zeigt, durchschnittlich um 5 bis 6 Stunden zurück.

		Bisherige Stunben: zahl		Rünftige Stunden: zahl
1	Juriftische Engy-		1. Ginführung in bie	etwa
•	flopädie	3-4	Rechtswiffenschaft	2-3
2.	Romifche Rechts:		2. Romifche Rechts:	
	geschichte	45	geschichte und	
3.	Inftitutionen	4-5	Spftem bes römi-	
4.	Pandekten	16	schen Privatrechts	810
5.	Deutsche Rechts:	1	3. Deutsche Rechts:	
	geschichte	4-5	geschichte u. Grund:	1
6.	Deutsches Privat-		güge bes beutschen	
_	recht	6	Privatrechts	6-8
7.	Preußisches Land-		4. Deutsches bürger-	10 00
	recht ober rheinisch:	4-5	liches Recht	16-20
	französisches Recht	43	5. Übersicht über die	
			Rechtsentwickelung	1 9
			in Preußen	
	zusammen			
	im Durchschnitt		im Durchschnitt	38
		Stb.		Stb.

Demgegenüber bietet auch ber Umstand, daß die Übungen bisher nicht überall in gleichem Maße außzgebildet gewesen sind, keinen Grund zu der Annahme, daß der Borlesungsstoff nicht in der vorgeschriebenen Semesterzahl erledigt werden könne. Dafür kann eine Zusammenstellung des letzteren als Beleg dienen. Der künftige Studienplan ergibt danach für 6 Semester eine Besamtstundenzahl von 100, für jedes Semester eine Durchschnittszahl von 16 dis 17 Wochenstunden. Auch wenn man daneben den höchst wünschensund empfehlenswerten Besuch allgemein-wissenschaftzlicher Borlesungen in Rechnung zieht, kann also von einer Überlastung der Studierenden nicht die Rede sein.

3. Dagegen fest die Erreichung einer ben Anforde= rungen ber Prüfung wie bes Lebens entsprechenben juriftifchen Ausbildung allerdings eine gemiffen = hafte und geordnete Ausnutung ber vor= geschriebenen Studienzeit voraus. Wenn auch bei ben Studierenden ber Rechte in ben letten Jahren eine nicht unerhebliche Befferung bes Vorlefungsbefuchs angenommen werben barf, fo muffen baneben bie Rlagen über mangelnben Studienfleiß, nament= lich in ben erften Semestern, auch nach neueren Fest= stellungen noch in weitem Umfange als be= grundet angesehen werben. Diefem übelftanbe fucht die Allgemeine Berfügung bes Berrn Juftigminifters ohne Ginführung eines Zwischenseramens abzuhelfen, indem mit bem Gefuche um Bulaffung gur erften juriftischen Prüfung fchriftlich genfierte Arbeiten

aus ben vorgeschriebenen Abungen*) sowie Gesamt= zeugniffe über ben fleißigen und erfolgreichen Befuch biefer Ubungen vorzulegen find. Es barf angenommen werben, bag ber Studierenbe biefe Zeugniffe nicht ohne eingehenbe Beschäftigung mit ber betreffenben Difziplin au erlangen in ber Lage sein wird und fich, ba eine ber Übungen im bürgerlichen Recht innerhalb ber erften Balfte ber Studienzeit zu erledigen ift, ichon innerhalb biefes Zeitraums zur tunlichsten Aneignung bes zivilrechtlichen Lehrstoffes veranlagt feben muß. Indem gleichzeitig die Möglichkeit geschaffen ift (IV ber 3.=M.=B.), Kandibaten, welche biefem ober ben sonstigen hinfictlich ber Borlefungen aufgestellten Erforberniffen nicht genligen, wegen mangelnben Rachweises eines ordnungsmäßigen Rechtsstudiums auf ein oder mehrere Semester von ber Prüfung gurudgumeifen, wird für unfleißige Studierenbe allerdings eine Berlängerung ber Studienzeit bie Folge fein. Es läßt fich erwarten, baß fich biefe Ginrichtungen für die Bebung bes Studienfleißes in besonderem Dage wirtsam zeigen merben.

Dabei ift aber, wie bereits hervorgehoben, vorausgesetzt, daß die Studierenden schriftliche Arbeiten liefern und die einzelne Arbeit seitens des Lehrers mit dem Studierenden besprochen wird, um festzustellen, daß er sich mit den einschlägigen Materien gründlich bekannt

^{*)} Die Borlegung dieser Arbeiten wird jest nicht mehr verlangt.

gemacht hat. Deshalb find die Zeugniffe für unerläglich gehalten, von benen bie Berfügung bes Juftigminifters unter III rebet. Unverfennbar ermächst baburch ben Lehrern, welche berartige Übungsvorlefungen einrichten, eine schwierige Aufgabe, befonders ba, wo an jenen Borlefungen eine große Bahl von Studierenden teilnimmt. Um hier eine wefentliche Erleichterung ju ichaffen, ift für biejenigen Univerfitatslehrer, welche bies munichen, bie Beftellung von Affiftenten in Ausficht genommen. Diese Ginrichtung läßt fich etwa fo benten, bag bie ein= bis zweiftundige Wochenvorlefung bes Univer= fitatslehrers fich auf Darlegung leitenber Gefichts= punkte und auf Besprechung eines Teils ber ein= gelieferten Arbeiten beschränft, mahrend es bem Affiftenten, welcher ber Borlefung bes Universitäts= lehrers beiwohnt, zufallen wurde, die übrigen Arbeiten ju prüfen, ju genfieren, und mit benen, die fie geliefert haben, zu erörtern. Bu biefem 3med werden bie fämtlichen Zuhörer bes Universitätslehrers in Gruppen von 30 bis 40 Studierenben ju zerteilen fein. Beschäftigt fich ber Affistent täglich eine Stunde lang mit je einer Gruppe, fo genügt feine Singuziehung, um wöchentlich bem Bedürfnis von 180 bis 240 Studierenden gerecht zu werden, von benen vorausfichtlich nur zu einem Bruchteile fchriftliche Arbeiten für jebe einzelne Stunde geliefert werben. In Fällen, in benen Afsiftenten eintreten, geht auf fie felbstverftand= lich bie Pflicht zur Zeugnisausstellung über. Werben

zu ber Affistenz, wie die Absicht ift, tüchtige Beamte des Zustizdienstes herangezogen, so steht zu hoffen, daß daraus eine tüchtige Pflanzschule erwächst, welche zur Sebung der Praxis beiträgt und, wenn die Beteiligten die erforderliche Lehrsähigkeit und Lehrgabe zeigen, auch dem Universitätsunterricht Ruten bringen wird.

4. Immerhin bleibt zu beachten, bag bie in ber Just .= Min. = Berf. zu I aufgeführten Borlefungen und bie baselbst zu II bezeichneten Ubungen nicht als 3mangstollegien im früheren Sinne aufzufaffen finb. Bielmehr ift bie Entscheidung barüber, ob bie vorstehend bezeichneten Rechtsfolgen eintreten, bem Ermeffen bes Borsitenben ber Prüfungstommission anheim gegeben. Bubem beschränken sich bie Berfügungen ausbrucklich auf diejenigen Studierenben, welche fich ber erften juristischen Prüfung unterziehen wollen. Studierende. welche sonstige 3mede, insbesondere folche rein miffenschaftlicher Natur, verfolgen, sind baber in ber freien Auswahl und Anordnung der Borlesungen und Übungen nicht gebunden. Auch ben akabemischen Lehrern ift in ber Gestaltung ihrer Borlesungen und Übungen eine Schranke nicht auferlegt, nur mit ber Maggabe, baß ein unverhältnismäßiges Burudbleiben hinter ben vor= gesehenen Stundenzahlen ober ein unverhältnismäßiges Sinausgeben über biefelbe bie Studierenben, welche fich ber Prüfung unterziehen wollen, nach Ermeffen bes Vorsitenden unter Umständen vom Besuch ber Borlefung ober Übung entbindet.

- 5. Mit ber geforberten intensiven Benutzung ber Studienzeit erscheinen die Anforderungen des gleichzeitigen Einjährig=Freiwilligen=Dien=stes unvereinbar. Die Zeit des letzteren wird baher voraussichtlich fernerhin nur ganz aus=nahmsweise auf die Studienzeit Anrechnung finden können. Den Studierenden erwächst jedoch in ihrer späteren amtlichen Lausbahn daraus insofern kein Nachteil, als die hierdurch herbeigeführte Berslängerung ihrer Studienzeit nach den Bestimmungen des Allerhöchsten Erlasses vom 14. Dezember 1891 bei der späteren Festsetzung des Dienstalters zur Anrechnung zu bringen ist.
- 6. Das Studium im Auslande wird, soweit es gesetzlich freisteht, durch die vorliegenden Verfügungen nicht beschränkt. Immerhin erscheinen dieselben geeignet, einer durch Interessen der allgemeinen Bildung nicht gerechtsertigten, zu weit gehenden Reigung zum Besuch außerdeutscher Universitäten insoweit entgegenzuwirken, als die Sinrichtung der Borlesungen und Übungen an benselben den diesseits gestellten Anforderungen nicht entspricht

Am Schlusse spricht ber Reichs- und Staatsanzeiger ben Wunsch aus, daß alle Beteiligten bemüht sein werden, durch verständnisvolle Handhabung der beiden Verfügungen das Ziel der geeigneten Vorbildung der künftigen Juristen zu fördern, und er schöpft die Hoffnung, daß dies geschehe, aus den Ersahrungen der jüngsten Zeit, welche ergeben, daß sich Lehrer wie Studierende bem B.G.B. mit einem Eifer zugewandt haben, wie er sich nur aus bem Berständnis ber nationalen Bebeutung einheitlicher beutscher Rechtszgeftaltung erklärt.

Zanuar 1897.

Vorwort zur erften Auflage.

Auffälligerweise ist bas Bebürfnis nach einer Sonberausgabe, in welcher ber Studierende ber Rechte wie ber Referendar bie für fein Studium, für feine Prüfungen und für seine praftische Ausbildung maßgebenden gesetzlichen Vorschriften und allgemeinen Verfügungen zusammengestellt fanbe, noch unbefriedigt. Die tägliche Erfahrung lehrt auch, baf bie Beteiligten nicht, wie fie in ihrem eigenen Interesse follten, ben Inhalt jener Borfchriften fich zu eigen machen, vielmehr fich baran gewöhnen, mehr burch Befragung bei älteren Rollegen als burch eigenes Studium sich zu belehren. Daß auf folche Weise nur ein unvollkommenes Resultat erzielt werben kann, liegt auf ber Sand. Außerbem leiftet bies Berfahren ber besonders für angehende Juriften wenig empfehlenswerten Methode Borfdub, statt aus ben entscheibenden Gesetzen selbst gelegentlich aus bem Munde Dritter Unterweisung ju suchen. Der Studierende und der Referendar müßte den kleinen Rober, welcher ihm bundig barüber Auskunft giebt, mas er aum Behufe feiner ordnungsmäßigen Ausbildung gu

tun und zu laffen hat, als Babemekum stets zur Hand haben. Gleichwohl war jeder bislang barauf ange-wiesen, einen solchen Kodez aus den Gesetzen selbst nicht ohne Mühe zusammenzustellen.

Dieser Mühe will ihn bas hiermit veröffentlichte Schriftchen überheben. Den willsommenen Anlaß zur Beröffentlichung gab die in diesen Tagen erschienene wichtige justizministerielle Anordnung, durch welche das Rechtsstudium in bestimmtere Bahnen gewiesen und die erste juristische Prüfung einer Neuordnung unterzogen worden ist. So wird gerade im gegenwärtigen Augenblick jeder Beteiligte veranlaßt, nach den Bestimmungen sich umzusehen, welche nunmehr für den Gintritt in die juristische Lausbahn entscheiden.

Das Schriften beginnt mit den grundlegenden Borschriften der deutschen Reichsgesetzgebung, schließt daran die ausführenden landesgesetzlichen Borschriften Preußens und läßt dann das Regulativ des Justizministers in seiner neuesten abgeänderten Fassung folgen. In Anmerkungen ist unter anderm auf die entsprechenden Bestimmungen für diejenigen hingebeutet, welche dem höheren Verwaltungsdienst sich widmen wollen.

November 1890.

Inhalt.

		ette
1.	Deutsches Gerichtsverfassungsgeset vom 27. Januar 1877. § 2	17
II.	Preußisches Ausführungsgeset vom 24. April 1878.	
	§ 1	18
III.	Rechtsanwaltsordnung vom 1. Juli 1878. § 25	20
IV.	Preußisches Gefet über bie juriftifchen Prüfungen 2c.	
	vom 6. Mai 1869	21
V.	Regulativ bes Juftizminifters vom 1. Mai 1883 in	
	ber burch bie Allg. Berfügungen vom 12. März	
	1888 und 12. Juli 1904 abgeanderten Geftalt	26
Sad	hregifter	6 0

Gerichtsverfassungsgeset vom 27. Januar 1877. § 2.

(Reich ?: Gef. Bl. 1877 G. 41.)

Die Fähigkeit zum Richteramte wird durch die Mb-

legung zweier Brufungen erlangt.

Der ersten Prüfung muß ein breijähriges Studium ber Rechtswissenschaft auf einer Universität vorangehen. Bon bem breijährigen Zeitraum sind mindestens brei Salbjahre bem Studium auf einer beutschen Universsität zu widmen.

Zwischen ber ersten und zweiten Prüfung muß ein Zeitraum von drei Jahren liegen, welcher im Dienste bei den Gerichten und bei den Rechtsanwälten zu verwenden ist, auch zum Teil bei der Staatsanwalt-

fcaft verwendet werden fann.

In den einzelnen Bundesstaaten kann bestimmt werden, daß der für das Universitätsstudium oder für den Borbereitungsdienst bezeichnete Zeitraum verlängert wird, oder daß ein Teil des letzten Zeitraums, jedoch höchstens ein Jahr im Dienste dei Berwaltungsbehörben zu verwenden ist oder verwendet werden darf.

II.

Preußisches Ausführungsgeset vom 24. April 1878 zum deutschen Gerichtsverfassungsgeset vom 27. Januar 1877.

(Br. Bef. Samml. S. 230.)

- § 1. Die Prüfungen, burch beren Ablegung bie Fähigkeit zum Richteramt erlangt wird, und ber Borbereitungsdienst der Referendare erfolgen nach den Vorschriften des Gesetzes vom 6. Mai 1869. An die Stelle der Appellationsgerichte treten die Oberlandesgerichte. Die Dauer des Borbereitungsdienstes bleibt eine vierjährige. 1)
- 1) "Bur Erlangung ber Befähigung für ben bobes ren Bermaltungsbienft" [b. h für bie Stellen 1. der Abteilungebirigenten und Mitglieber bei einer Regierung und ber dem Oberprafidenten jugeordneten höheren Berwaltungsbeamten mit Ausnahme ber Juftitiarien und tochnifchen Beamten biefer Behörben (ber Forft-, Schul-, Bauund Mediginalrate); 2. berjenigen Mitglieber bes Oberverwaltungegerichts und ber Begirkeverwaltungegerichte, welche die Befähigung ju ben höheren Berwaltungsamtern befiten muffen] ift ein minbeftens breifahriges Studium ber Rechte und ber Staatswiffenicaften auf einer Universität und bie Ablegung zweier Prufungen erforberlich" (Gefet, betr. bie Befähigung für ben höheren Bermaltungebienft vom 11. Marg 1879 - Br. Gef. Samml. S. 160 ff. — § 1). "Die erfte Prüfung ift bie erfte ju-ristische, für beren Ablegung die §§ 1—5 und 14 bes Ges. vom 6. Dai 1869 maggebend find. Die zweite Prüfung — große Staatsprüfung — ift bei ber Prüfungekommission für höhere Bermaltungsbeamte abzulegen" (§ 2 baf.). "Bur zweiten Brüfung für ben höheren Berwaltungsbienst ist eine Borbereitung von wenigstens zwei Jahren bei ben Ge-

richtsbehörben und von wenigstens zwei Sahren bei ben Berwaltungsbehörben erforberlich" (§ 3). "Die zweite Prüfung ift eine mundliche und eine ichriftliche. Die Prufung erftreckt fich auf bas in Preußen geltenbe öffentliche unb Privatrecht, insbef bas Berfassungs und Berwaltungsrecht, sowie auf die Bollswirtschafts- und Finanzpolitit" (§ 7). Durch § 74 des Ges., betr. die Abanderung von Bestimmungen ber Rreisorbnung vom 13. Dez. 1872, vom 19. März 1881 (Gef. S. S. 155) find biejenigen, welche die Befähigung jum hoberen Bermaltungs- ober Juftigbienfte erlangt haben, auch jur Bekleibung ber Stelle eines Lanbrates für geeignet erflärt.

§ 2. Referendare, welche im Borbereitungsbienfte feit minbeftens zwei Sahren beschäftigt find, konnen im Falle bes Bedürfniffes burch bie Juftigverwaltung mit ber zeitweiligen Wahrnehmung richterlicher Beschäfte bei ben Umtsgerichten beauftragt werben.

Denfelben tann nach näherer Anordnung ber Justizverwaltung durch ben Amtsrichter, welchem sie zur Ausbildung überwiesen sind, die Erledigung ein= zelner richterlicher Geschäfte übertragen werden. 1) 2)

[Bur Urteilsfällung, jur Beurfundung einer Berfügung von Todes wegen, jur Beurfundung eines Chevertrags, jur Enticheidung über Durchsuchungen, Beschlagnahmen und Berhaftungen, sowie zu den Ge= schäften bes Amtsrichters bei Bildung der Schöffengerichte und Schwurgerichte find Referendare nicht befähigt. — Art. 130 Nr. II bes Gefetes vom 21. September 1899 Bef. Samml. S. 249.]

1) Die Allgemeine Berfügung bes Juftizminifters vom

9. Dezember 1879 — Juft Min. Bl. S. 466 — bestimmt:
1. Referendare, welche im Borbereitungsbienste seit minbestens zwei Jahren beschäftigt sind, kann burch ben Amterichter, welchem fie jur Ausbildung übermiefen find, bie selbständige Erledigung einzelner richterlicher Geschäfte mit Ausschluft solcher, zu welchen sie nach Absat 3 bes vorstehenden § 2 nicht befähigt sind, übertragen werden. Es wird jedoch als Regel zu beachten sein, daß von dieser Borschift nur hinsichtlich der Abhaltung von Terminen Gebrauch gemacht werde.

2. Die Beftellung von Referendaren zu Silfsrichtern in Gemäßheit ber Abfage 1 und 3 besfelben Paragraphen

erfolgt bis auf weiteres burch ben Juftizminifter.

2) Die Abhaltung der Termine jur Bernehmung von Geiftestranten in Entmündigungssachen soll Referendaren nicht übertragen werden. Berf. v. 11. Rovember 1893.

III.

Rechtsanwaltsordnung vom 1. Inli 1878. § 25.

(Reichs: Gef.Bl. 1878 S. 177.)

Die Stellvertretung eines an ber Ausübung seines Berufs zeitweise verhinderten Rechtsanwalts kann nur einem Rechtsanwalt ober einem Rechtskundigen, welcher mindestens zwei Jahre im Vorbereitungsdienste besichäftigt worden ist, übertragen werden.

Insofern die Stellvertretung nicht von einem bei bemselben Berichte zugelassenen Rechtsanwalt übernommen wird, darf die Bestellung des Stellvertreters
nur durch Anordnung der Landesjustizverwaltung er-

folgen.

Auf die in Absat 1 bezeichneten Stellvertreter, auch wenn dieselben nicht Rechtsanwälte sind, sinden die Borschriften des § 143 Abs. 1, 2 der Zivisprozeßsordnung nicht Anwendung. Das gleiche gilt für die im Justizdienste befindlichen Rechtskundigen, welche

mindestens zwei Jahre im Borbereitungsbienste besichäftigt worden sind, wenn sie einen Rechtsanwalt, ohne als bessen Stellvertreter bestellt zu sein, in Fällen vertreten, in benen eine Bertretung durch einen Rechtsanwalt nicht geboten ist, ober wenn sie unter Beistand bes Rechtsanwalts die Aussuhrung der Parteirechte übernehmen.

IV.

Geset über die jurifischen Prüfungen und die Vorbereitung zum höheren Justizdienste. Vom 6. Mai 1869.

(Pr. Bef. Samml. S. 656.)

Abschnitt I.

§ 1. Jur Bekleidung der Stelle eines Richters, Staatsanwaltes, Rechtsanwaltes 1) . . . oder Notars ift die Zurücklegung eines dreijährigen Rechtsstudiums auf einer Universität und die Ablegung zweier juristischer Prüfungen erforderlich.

Bon dem dreijährigen Zeitraum sind mindestens drei Salbjahre dem Rechtsstudium auf einer Universität zu widmen, an welcher in deutscher Sprache gelehrt wird. 2)

1) Die hier im Geset zugefügten Worte "Abvokatsanwaltes, Abvokaten" bezogen sich auf die Berhältnisse im Bezirk des App. Goses zu Köln und sind mit dem Intrafitreten der Rechtsanwaltsordnung vom 1. Juli 1878 überstüssig geworden, weil seitdem Advokatanwälte und Advokaten nicht mehr eriftieren.

- *) Die letztere Vorschrift haben neben § 2 Abs. 2 bes Deutschen Ger. Bers. Ges. (s. oben unter I) teine Bebeutung mehr. Die Borschrift bes folg. Absass dieses Paragraphen: "Der Justizminister hat die Befugnis, mit Rücksicht auf das vorangegungene Universitätisktudium in einer anderen Diszipplin, als in der Rechtswissenschaft, von dem vorgeschriebenen dreisährigen Rechtsktudium einen angemessenn Zeitraum zu erlassen" ist durch Abs. 2 des S. 17 mitgeteilten § 2 des Ger. Bers Ges. vom 27. Januar 1877 beseitigt. Gleichwohl gehen noch häusig Gesuche Studierender beim Justzyminister um Erlas eines Teiles des dreisährigen Rechtsstudiums ein. Solche Gesuche können dem Gesetz gegenüber keinen Ersolg haben.
- § 2. Die erste Prüfung ist bei einem Appellations= gerichte, 1) die zweite große Staatsprüfung bei der für die ganze Monarchie eingesetzten Justiz=Prüsfungskommission abzulegen.
- 1) Jest Oberlandesgerichte; vgl. § 1 des Geses vom 24. April 1878.
- § 3. Die erste Prüfung besteht aus einer schrift= . lichen und einer mündlichen.
- § 4. Den Gegenstand der Prüfung bilden die Disziplinen des öffentlichen und Privatrechts und der Rechtsgeschichte, sowie die Grundlagen der Staats-wissenschaften. 1)

Die Prüfung muß auf Erforschung ber positiven Kenntnisse bes Kandidaten, seiner Sinsicht in das Wesen und die geschichtliche Entwickelung der Rechtseverhältnisse, sowie darauf gerichtet werden, ob der Kandidat sich überhaupt die für seinen künstigen Beruf erforderliche allgemeine rechtse und staatswissenschaftliche Bildung erworben habe.

1) Hiernach gehören "bie Grunblagen ber Staats : wiffenschaften" im Sinne bes § 1 bes Gef. v. 6. Rai 1869

zu einem porschriftsmäßigen "Rechtsftubium", und bas Berichtsverfaffungsgefes tritt biefer Auffaffung bes Rechts: ftubiums nicht entgegen. Alfo gehören "bie Grundlagen ber Staatswiffenicaften" auch ju ben Begenftanben ber erften juriftischen Prufung; ber Randidat foll in berfelben . zeigen - wie es ber § 4 bes Gef. v. 6. Mai 1869 an feinem Schluffe ausbrudt -, ob er "bie erforberliche all= gemeine rechts: und staatswissenschaftliche Bildung er-worben habe." Daraus folgt aber nicht, daß "Bolkswirtschafte und Finanzpolitit", wie fie nach § 7 bes Gef. v. 11. Märg 1879 (f. o. Rote 1) Gegenstanbe ber zweiten Brufung ber Randibaten bes höheren Bermaltungs: bienftes fein follen, gleichzeitig Begenftanbe ber erften juriftischen Brufung im Sinne bes Befeges maren, ober bağ bağ in § 1 letteren Befetes für Kandibaten bes Berwaltungebienftes erforberte "minbeftens breijährige Studium ber Rechte und ber Staatswissenschaften" basselbe bebeute, wie bas in 2 bes Ber. Berf. Bef. und § 1 bes Gef. v. 6. Mai 1869 für Juristen erforderte "Rechts: ftudium". Die Sachlage ift vielmehr biefe: Das Gefet verpflichtet bie Afpiranten bes Bermaltungsbienftes neben bem - bie Grunblagen ber Staatswiffenschaften mit umfaffenben - Rechtsftubium bas Stubium "ber Staatsmiffenschaften" ju betreiben und empfiehlt biefen Afpiranten, wie bas Wort "minbeftens" andeuten foll, ein mehr als breijähriges Stubium. Ihr Stubium ber Staatsmiffenschaften foll nach § 2 bes Regulativs v. 30. November 1883 (Min.Bl. für bie innere Berm. 1884 S. 2) "bie Bolts: und Staatswirtichaftslehre (Ra: tionalotonomie und Finangwiffenicaft), sowie bas Staats- und Bermaltungsrecht" umfaffen. Gin Berichtsreferendar, welcher fich lediglich auf bas Studium ber Rechtswiffenschaften - mit Ausschluß ber Staatswiffenicaften - beschräntt hat, wird als Regierungereferendar nicht angenommen (Erlag ber Minifter bes Innern und ber Finangen v. 25. Mai 1882, Min.Bl. für bie innere Berm. 🛎. 169). Da aber für die Annahme als Regierungsreferendar keine andere Prüfung als die erfte juriftische verlangt wird, und ba bie erfte juriftische Prufung fic nicht auf bie Staatswiffenichaften, fonbern nur auf "bie Grunds

lagen ber Staatswissenschaften" zu erstrecken hat (vgl. auch Sydom u. Busch, Gerichtsversassungsgeset mit Sinssührungsgeset und Rebengeseten, 8. Aust. Anm. 3 zu § 2: "Sin Studium der Staatswissenschaft darf nicht zur Borzaussetzung der ersten Prisung gemacht werden, Prot. 564 bis 569"), so ist die zweite Prüfung für Verwaltungssbeamte diepinige Stelle, vor welcher allein die Berwaltungsdienstaspiranten über ihre durch das "Studium der Staatswissenschaften" erworbenen Kenntnisse Rechenschaft abzulegen haben.

§ 5. Die in ber ersten Prüfung Bestandenen werden von dem Präsidenten des [Oberlandesgerichts], bei welchem sie sich zur Beschäftigung melden, zu Reserendarien ernannt und eidlich verpflichtet.

Abschnitt II.

- § 6. Referendarien müffen, bevor sie zur zweiten ber großen Staatsprüfung zugelassen werden können, eine Borbereitungszeit von vier Jahren im praktischen Dienste zurückgelegt haben.
- § 7. Sie sind mahrend dieser Borbereitungszeit bei Gerichten erster und zweiter Inftanz, bei ber Staatsanwaltschaft, bei Rechtsanwalten und Notarien zu beschäftigen.
- § 8. Die Beschäftigung ift so einzurichten und zu leiten, daß die Referendarien sich in sämtlichen Geschäftszweigen des richterlichen, staatsanwaltlichen, Answalts-, Rotariats- und Bureaudienstes eine solche Einsicht und praktische Sewandtheit erwerben, wie sie zur selbständigen Verwaltung des Amtes eines Richters, Staatsanwaltes, Rechtsanwaltes oder Notars erforderlich sind.

Die Referendarien können bie Berrichtungen eines Gerichtsschreibers mahrnehmen. 1)

1) Die weiter in biesem Karagraphen solg. Borschrift über die Beschäftigung der Referendare mit rechtsanwaltzlichen oder richterlichen Geschäften ist durch das Auss. Ses. v. 27. Januar 1877 § 2 und durch die Rechtsanw. D. § 25 (s. oben unter II und III) ersetzt.

§ 9. Nach Ablauf ber Borbereitungszeit (§ 6) ift ber Referendarius, wenn aus den über die gefamte Beschäftigung (§§ 7 und 8) vorzulegenden Zeugnissen sich ergibt, daß er zur Ablegung der großen Staatsprüfung für vorbereitet zu erachten sei, zu dieser Prüfung zuzulassen.

§ 10. Die große Staatsprüfung (§ 2) ift eine mündliche und schriftliche, und soll einen wesentlich

prattifchen Charafter an fich tragen.

Sie ist bemgemäß darauf zu richten, ob der Kanbidat sich eine gründliche Kenntnis des gemeinen und
bes in Preußen geltenden öffentlichen und Privatrechts
erworben habe, wobei insbefondere auf das Rechtsgebiet, wo er seine Ausbildung erlangt, Rücksicht zu
nehmen ist, und daß er für befähigt zu erachten sei,
im praktischen Justizdienste eine selbständige Stellung
mit Erfolg einzunehmen.

Abschnitt IV.

§ 11. Die in ber großen Staatsprüfung bestanbenen Referendarien werben von bem Justizminister zu Gerichtsassessoren ernannt.

§ 12. [Übergangebestimmungen].

§ 13. Alle biefen Borfchriften entgegenstehenbe Bestimmungen werben aufgehoben.

§ 14. Der Justizminister wird die zur Aussührung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen, namentlich alle zur Ergänzung notwendigen Grundsätze über die Art der Prüfungen, die Jusammensetzung der Prüfungskommissionen, die Berteilung der Beschäftigungszeit, sowie über die wiederholte Julassung nach nicht bestandener Prüfung in einem Regulativ sessiest.

V.

Regulativ vom 1. Mai 1883, betreffend die juristischen Prüsungen und die Vorbereitung zum höheren Instizdienst

(Juftiz-Min.-Bl. S. 131 ff.)

in der durch die Allgemeinen Verfügungen vom 12. März 1888 (Justiz-Min.-Bl. S. 64) und vom 12. Juli 1904 (das. S. 177) abgeänderten Gestalt.

§ 1. Die erste juriftische Prüfung erfolgt bei einem ber Oberlandesgerichte 1) zu Königsberg, Berlin, Stettin, Breslau, Naumburg, Kiel, Celle,2) Hamm, Kaffel und Köln.

Der Bezirk ber bei biesen Oberlandesgerichten zu bilbenben Prüfungskommissionen3) umfaßt ben Bezirk bes Oberlandesgerichts. Außerbem umfaßt

ber Bezirk ber Prüfungstommission zu Königsberg ben Oberlandesgerichtsbezirk Marienwerber, ber Bezirk ber Prüfungskommission zu Breslau ben Oberlandesgerichtsbezirk Posen,

der Bezirk der Prüfungskommission zu Kassel den Oberlandesgerichtsbezirk Frankfurt a. M.,

Die Prüfung ift abzulegen entweber:

a) bei berjenigen Prüfungskommission, in beren Bezirke die Beschäftigung des Rechtskandidaten als Referendar in Aussicht genommen ist, oder nach Wahl des Rechtskandidaten

b) bei berjenigen Prüfungskommission, in beren Bezirke die Universität belegen ift, an welcher der Rechtskandidat das lette und mindestens ein früheres Studienhalbjahr zugebracht hat.

Die Zulaffung von Rechtstandibaten aus bem letzteren Gesichtspunkt erleibet eine Ginschränkung, wenn eine Überlaftung ber Prüfungskommission ober eine Berzögerung ihres Geschäftsganges zu befürchten ift.5)

1) Bufolge staatsvertragsmäßiger übereinkunft mit Schwarzburg Sonbershaufen (Art. 17 des Staatsvertrages vom 7. Oktober 1878 Ges. Samml. 1879 S. 173) und Anhalt (Art. 14 des Staatsvertrages vom 9. Oktober 1878 — Ges. Samml. S. 182) hat sich Preußen verpslichtet, den Angehörigen des anderen Staates die Ablegung der Prüfungen und die Ableitung des Borbereitungsdienstes bei den Preußischen Behörden zu gestatten, auch den bei den Behörden des anderen Staates abgeleisteten Borbereitungsdienst mie einen in Preußen geleisteten anzurechnen.

Die Prüfungstommissionen haben sich auch ber ersten juristischen Brüfung berjenigen Rechtskandibaten aus Samburg, Lübeck und Bremen zu unterziehen, welche bieselbe beantragen und ben ihnen von dem Senat ihrer Beimatstadt erteilten Zulassungsbesche vorlegen. Die Prüfung erfolgt nach den in Preußen geltenden Borschriften, jedoch unter Ausschluß der Partifularrechte als Prüfungsgegenstand. Nach stattgehabter Prüfung sind die Prüfungsgegenstand.

akten bem Senate, welcher ben Julassungsbeschetb erteilt hat, zu übersenden. Hat der Kandidat die Prüfung nicht bestanden, so ist er zu einer Wiederholung derselben nur auf Grund eines neuen Julassungsbescheides des Senats zu verstatten.

2) Die bet bem Oberlandesgericht in Celle bestehende Prüfungskommission hat sich auch ber Prüfung der von bem Fürstlich Lippeschen Rabinettsministerium überwiesenen Rechtskandibaten nach Maßgabe ber in Preußen geltenden

Boridriften ju unterziehen.

5) Der Beginn bes Geschäftsjahres ber Kommissionen für bie erfte juriftische Prufung ift auf ben 1. April festgesett.

4) Die Julassung von Richtpreußen zu ben juristischen Prüfungen in Preußen kann bei bem großen Jubrange Preußtichen Suftizdienste zum Preußtichen Justizdienste zur Zeit nur ausnahmsweise aus besonderen Gründen stattfinden.

5) Früher stand ben Kandidaten bie Bahl unter ben

famtlichen Brufungstommiffionen gu.

§ 2. Bu Mitgliebern ber Kommissionen werben vorwiegend Richter und Universitätslehrer bestellt, außerbem können bazu insbesondere auch Staatsund Rechtsanwälte bestellt werben. Der Borsit wird stets einem richterlichen Mitgliebe übertragen.

Die Universitätslehrer ernennt der Minister der geistlichen 2c. Angelegenheiten nach Anhörung des Zustizministers; die übrigen Mitglieder und den Borsspenden ernennt der Justizminister nach Anhörung des Ministers der geistlichen 2c. Angelegenheiten. 1)

Den Mitgliedern werben bei ihrer Berufung als Gegenstände ber mündlichen Prüfung bestimmte Disziplinen zugewiesen. Dadurch werden dieselben jedoch nicht von der Verpflichtung entbunden, im Bedürfnisfall auf Anordnung des Vorsitzenden für andere Disziplinen einzutreten.



Die Amtsperiode der Mitglieder ift eine einjährige. Die Kommission bleibt jedoch auch über den bei der Ernennung ihrer Mitglieder bezeichneten Zeitpunkt hinaus so lange im Amte, bis die Ernennung für das folgende Jahr erfolgt ist.

- 1) Früher waren alle Rechtslehrer ber Universität von selbst Mitglieber berjenigen Prüfungstommission, welche sich am Sige ber Universität ober nächst berselben befanb.
- § 3. Die einzelnen Prüfungen find von vier Mitgliebern, einschließlich bes Borfitzenden, abzunehmen. Unter den Mitgliedern sollen sich in der Regel zwei Universitätslehrer befinden.1)
- 1) Früher wurde die einzelne Prüfung von drei ober, wenn der Borsitzende an der Befragung nicht teilsnahm, von vier Mitgliedern abgenommen; darunter besfand sich in der Regel ein Rechtslehrer.
- § 4. Das Gesuch um Zulassung zur Prüfung ist an ben Vorsitzenden der Kommission zu richten.

Dem Befuche find beizufügen:

1. bas Zeugnis der Reife (Bekanntmachung!) des Zustizministers und des Ministers der geistlichen 2c. Angelegenheiten vom 1. Februar 1902, betreffend die Zulassung zum Rechtsstudium, Zust. Min. Bl. S. 30),

2. bas Beugnis über bie Militarverhaltniffe,

3. bie Universitätsabgangszeugnisse sowie die Zeugnisse über den Besuch von seminaristischen und sonstigen Übungsvorlesungen (vgl. Erlaß²) des Ministers der geistlichen 2c. Angelegenheiten vom 2. Juni 1890 — U. I. 1385 —, Zentralbl. für die gesamte Unterrichtsverwaltung S. 563, sowie Allgemeine Verfügungen des



THE PROPERTY OF THE PARTY OF TH with the second

Commercial Chemical THE PERSON NAMED IN क्ष्म क्षमान्य िया प्राप्ते प्राप्त ... emminint ine or arme deman int.

mult mit beigefügt

" wunt er finte gur and the Tredent des re re institution int inniers der geiff:

Mentitrophica : 2011 19. August -638-FK

3fandi= Therewood the transport the Colorador The Color The Therester

Digitized by GOOQ @

3. Den Studierenden der beiden letzteren Kategorien somie benjenigen Symnasialabiturienten, deren Reifezeugnis im Lateinischen nicht mindestens das Prädlfat "genugend" aufweift, bleibt es dei eigener Berantwortung überlaffen, sich die für ein gründsliches Verständnis der Duellen des römischen Rechtes erforderlichen sprachlichen und sachlichen Vorkenntnisse anderweit anzueignen.

4. Bei ber Einrichtung bes juristischen Studiums und ber ersten juristischen Prüfung wird Borkehrung getroffen werden, daß die zu 3 bezeichneten Studierenden sich über die dort gedachten Borkenntnisse

auszumeifen haben.

2) Der Erlaß betreffend die Borlesungen an den Universitäten vom 2. Juni 1890 lautet:

3ch bestimme hierdurch mas folgt:

1. Die Universitätslehrer sind verpslichtet, in allen Fällen, in welchen sie, sei es durch eigene Wahrnehmung ober auf andere Beise, zu der Überzeugung gelangen, daß ein Studierender die Vorlesung überhaupt nicht ober nur mit wesentlichen Unterbrechungen besucht hat, die Bescheinigung der Abmeldung (§ 15 erster Absatz der Borschriften für die Studierenden der Landesuniversitäten 2c. vom 1. Oktober 1879) zu versagen.

Wird die Bescheinigung versagt, so barf die Borlefung im Abgangszeugnisse nicht vermeitt werden (§ 15 letter

Abfat ber angeführten Borichriften).

2. Bei seminaristischen und fonftigen Abungsvorlesungen haben die Universitätslehrer ben Studierenden auf beren Ersuchen eingehende Zeugniffe über Fleiß und Leiftungen aufzustellen.

Diese Zeugniffe sind auf Antrag der Studierenden ben

rlefungeintrage beiguheften.

ichluffe hieran ift weiter unterm 8. Juli 1890 rlaß, betreffend bie Borlefungevermerte in ben giffen ber Universitäten, ergangen:

ingsvermerte in ben Abgangszeugniffen ber egen formularmäßig bahin gefaßt zu mer-

Justizministers vom 18. Januar 18973) und 13. Mai 18994), Just.Min.Bl. von 1897 S. 19 und von 1899 S. 150).

4. ein in beutscher Sprache abgefagter Lebenslauf. in welchem ber Bang ber Universitätsstudien barzulegen ift und die Disziplinen zu bezeichnen find, benen etwa der Rechtstandidat vorzugs= weise Fleiß und Interesse zugewandt hat, auch anzugeben ift, ob, mahrend welcher Beit und mo ber Rechtstandibat feiner aktiven Dienstoflicht im ftehenden Beere ober in der Marine genügt hat. Außerbem können bem Gesuche noch beigefügt

merben:

5. die Zeugniffe über ben Besuch ber Rurse gur fprachlichen Ginführung in die Quellen bes römischen Rechtes und bes Anfängerfursus im Griechischen (val. Erlaß bes Ministers ber geift= lichen 2c. Angelegenheiten 5) vom 19. August 1903 - U. I. 2043 -, Bentralbl. für bie gesamte Unterrichtsverwaltung S. 462).

Gefuch und Lebenslauf find von dem Rechtstandi-

baten eigenhändig zu ichreiben.

1) Die Bekanntmachung vom 1. Februar 1902 lautet: Die Minifter ber Juftig und bes Unterrichts haben mit Allerhöchfter Ermächtigung befchloffen, die Bulaffung gum juriftischen Studium nach folgenben Grundfagen gu ordnen:

1. Die geeignetste Anstalt zur Borbilbung für ben juriftifchen Beruf ift bas humaniftifche Gymnafium.

2. Bu bem Rechtsftudium werben außer ben Stubie renben, welche bas Beugnis ber Reife von einem beutichen humanistischen Somnafium befigen, auch folde Stubierenbe jugelaffen, melde bas Beugnis ber Reife von einem beutichen Realgymnafium ober von einer preußischen Oberrealicule erworben haben. ŀ

3. Den Studierenden der beiden letzteren Kategorien sowie benjenigen Gymnasialabiturienten, deren Reifezeugnis im Lateinischen nicht mindestens das Prädikat "genugend" aufweit, bleibt es dei eigener Berantwortung überlaffen, sich die für ein gründsliches Verständnis der Quellen des römischen Rechtes erforderlichen sprachlichen und sachlichen Vorkenntnisse anderweit anzueignen.

4. Bei ber Einrichtung bes juristischen Studiums und ber ersten juristischen Prüfung wird Borkehrung getroffen werden, daß die zu 3 bezeichneten Studierenden sich über die dort gedachten Borkenntnisse

auszumeilen baben.

2) Der Erlaß betreffend die Borlefungen an den Universitäten vom 2. Juni 1890 lautet:

Ich bestimme hierdurch was folgt:

1. Die Universitätslehrer sind verpslichtet, in allen Fällen, in welchen sie, sei es durch eigene Wahrnehmung ober auf andere Beise, zu der Überzeugung gelangen, daß ein Studierender die Vorlesung überhaupt nicht ober nur mit wesentlichen Unterbrechungen besucht hat, die Bescheinigung der Abmeldung (§ 15 erster Absat der Vorschriften für die Studierenden der Landesuniversitäten 2c. vom 1. Oktober 1879) zu versagen.

Wird die Bescheinigung versagt, so darf die Borlesung im Abgangszeugnisse nicht vermeitt werden (§ 15 letter

Abfat ber angeführten Borichriften).

2. Bet seminaristischen und sonftigen Abungsvorlesungen haben bie Universitätslehrer ben Studierenden auf deren Ersuchen eingehende Zeugnisse über Fleiß und Leistungen aufzustellen.

Diese Zeugnisse sind auf Antrag der Studierenden den Abgangszeugnissen unter entsprechender Berweisung bei dem

Borlefungseintrage beizuheften.

Im Anschluffe hieran ift weiter unterm 8. Juli 1890 folgender Erlaß, betreffend die Borlesungsvermerke in ben Abgangszeugniffen der Universitäten, ergangen:

Die Borlesungsvermerte in ben Abgangszeugniffen ber Universitäten pflegen formularmäßig babin gefaßt zu werben, daß der Studierende mährend seines Ausenthalts an der Universität nach den vorgelegten Bescheinigungen die im einzelnen ausgesührten Borlesungen "gehört" oder "bessucht" habe. Dies geht über das Maß dessenigen hinaus, was nach den vorhandenen Untersagen bescheinigt werden kann. Ich weise deshalb die Universitätsbehörden an, die Bermerke unter Abanderung der Formulare künftig dahin zu sassen, daß der Studierende während seines Ausenthaltes an der Universität nach den vorgelegten Bescheinigungen die einzelnen ausgeschieren Borlesungen "vorschriftsmäßig ans und abgemeldet" habe.

8) Durch die Allgemeine Berfügung vom 18. Januar 1897 — Juft.Min.Bl. S. 19 — ift folgendes beftimmt:

I. An Stelle ber bisherigen Borlefungen über:

Juristische Engyklopäbie, Römische Rechtsgeschichte, Institutionen bes römischen Rechtes, Pandetten, Deutsche Rechtsgeschichte, Deutsches Privatrecht, Preußisches Landrecht, Rreußisches Landrecht, Rheinischspranzösisches Recht

treten folgende Borlefungen:

1. Ginführung in die Rechtswiffenschaft,

2. Römifche Rechtsgeschichte und Suftem bes römtichen Brivatrechts.

3. Deutsche Rechtsgeschichte und Grundzüge bes beutschen

Privatrechts,

4. Deutsches Bürgerliches Recht (Bürgerliches Gesethuch nebft reichs und landesrechtlichen Erganzungen) in eingehender bogmengeschichtlicher Entwickelung,

5. Überficht über die Rechtsentwickelung in Breugen

mit Rudficht auf bie einzelnen Lanbesteile.

Die Borlesung ju 4 über blirgerliches Recht ift in ber Regel innerhalb ber ersten Sälfte bes Rechtsstudiums zu hören. Wirb sie als Doppelvorlesung in einen ersten und einen zweiten Teil zerlegt, so find die beiben Teile ber Borlesung nicht in bemselben Semester, ber zweite Teil nicht vor bem ersten Teile zu hören.

II. Bon den exegetischen, praktischen oder sonstigen Übungen des Studierenden (vgl. Allgem. Berf. vom 3. Rosvember 1890 — Just. Min. Bl. S. 277 — § 4 Rr. 3, 5, 6; Berf. des Min. der geistl. 2c. Angelegenheiten vom 7. Deszember 1885 — U. l. 10291 — und vom 2. Juni 1890 — U. l. 1385 — 3.81. f. U.B. S. 563), muß

· U. I. 1909 — 3 St. J. u.s. 9. 909), mub

a) in die erfte Balfte ber Studienzeit mindeftens eine

Ubung im Deutschen burgerlichen Rechte.

b) in die zweite Hälfte der Studienzeit mindestens eine Ubung im Deutschen bürgerlichen Rechte und eine zivilprozessualische, das bürgerliche Recht mitumfassende Ubung

fallen.

Als Ubungen im Sinne biefer Borschrift gelten nur solche, welche mit schriftlichen Arbeiten verbunden find.

III. Dem Gesuche um Zulassung zur ersten juristischen Prüsung sind Arbeiten") beizusügen, welche in den unter IIa, de bezeichneten Übungen vom Kandidaten angesettigt und vom Lehrer oder bessen Assistiten schriftlich zensiert sind. Aus den Zensuren muß sich ergeben, daß die Arbeiten mit dem Kandidaten besprochen sind. Auch ist ein Gesamtzeugnis einzureichen, welches dartut, daß der Kandidat mit Fleiß und Ersolg an der Übung teilgenommen hat.

IV. Inwieweit die Richtbeachtung ber Bestimmungen unter I bis III die Annahme eines ordnungsmäßigen Rechtsstudiums ausschließt, hat der Borsigende der Prüfungstommission zu entscheiden. Liegt nach dieser Entsscheidung ein ordnungsmäßiges Rechtsstudium nicht vor, so wird der Kandidat auf ein oder mehrere Semester zurückgewiesen.

V. Als genügend entschulbigt ift die Nichtteilnahme an einer Borlesung ober übung namentlich bann anzu-

^{*)} Rach § 4 Ziff. 3 ber Allgemeinen Berfügung vom 12. Juli 1904 find bem Gesuche um Zulassung zur ersten juristitichen Prüsung nur noch die Zeugnisse über den Besuch von seminaristischen und Übungsvorlesungen beizusügen; von der Beisügung von Arbeiten ist abgesehen worden. Borschritten, 8, Kust.

feben, wenn biefe an ber Universität, auf welcher fich ber Studierende befand, nicht ober nur in einer bem Rahmen bes gesamten Stubienplans nicht entsprechenben Stunbengabl gehalten worben ift und ber Studierende ben Umjtänden nach nicht in der Lage war, eine andere Universität

In betreff ber Frage, ob bie für eine Borlefung ober eine Ubung angefeste Stundengabl als eine unverhaltnismäßige anjuseben ist, hat bie nachstehend auszugsweise abgedrudte Berfugung des herrn Unterrichtsministers vom

Die unter V angezogene, an Die Juriftifche Fakultat ber Roniglichen Friedrich Bilbelms-Univerfitat in Berlin gerichtete Berfügung bes Unterrichtsminifters lautet :

1. Bezüglich ber zu I. 1-5 ber Berfügung genannten Borlesungen ift im allgemeinen bavon ausgegangen, bag eine Aberichreitung ber wöchentlichen Gesamtftunbengabl, welche für bie fünftig wegfallenden Borlefungen bisher üblich war, um so weniger ratsam erscheine, als in der Berfügung auf die Leilnagme ber Studierenden an ben Ubungen erhöhter Bert gelegt ift.

2. Im einzelnen ift babei an folgende Stundenzahlen

aebacht:

a) Einführung in die Rechtswiffenschaft 2-3 Stunden,

b) Römifche Rechtsgeschichte und Suftem bes romifchen Privatrechts zusammen 8-10 Stunden,

c) Deutsche Rechtsgeschichte und Grundzuge bes beutichen Privatrechts jufammen 6-8 Stunben,

d) Deutsches burgerliches Recht 16-20 Stunden.

e) Uberficht über die Rechtsentwickelung in Preußen mit Rudficht auf bie einzelnen Landesteile 1 bis

3. Die ju II. ber Berfügung bezeichneten Ubungen finb auf etwa 2 Stunden wöchentlich veranschlagt.

Mit Bezug auf II. Abf. 2 ber Berfügung ift es erforberlich, bie Ubungen, welche mit ichriftlichen Arbeiten verbunden find, in ben Borlefungsanfundigungen ausbrudlich als 2 2 4. Bur Geminnung von Affiftenten (III. ber Bersfügung), soweit solche sich im Interesse ber Übungen als nötig erweisen, ist ber Herr Zustizminister geneigt, Beamten bes höheren Zustizdienstes, welche zu bieser Funktion von mir erbeten werden, er erforderlichen Urlaub zu gewähren.

4) Durch die Allgemeine Berfügung vom 13. Mai 1899

(Juft. Min. Bl. 150) ift folgendes beftimmt:

1. Reben ben Distiptinen bes Privatrechts und ber Rechtsgeschichte dürsen biejenigen bes öffentlichen Rechtes, insbesondere Strafrecht, Strafprozeß, Kirchenrecht, Staatscrecht und Bölferrecht, sowie die Grundlagen des Berwaltungsrechts, der Rationalöfsonomie und der Finanzwissericht weder im Studium noch in der Prüfung vernachläffigt werden. Für das Studium des öffentlichen Rechtes wird es von Nutsen sein, wenn die Studierenden neben der unter II b der Allgemeinen Verfügung vom 18. Januar 1897 vorgeschriebenen zivilprozessussischen Ubung auch die eine oder die andere Übung aus den vorerwähnten Rechtsgebieten besuchen.

2. Die unter IV. ber Allgemeinen Berfügung vom 18. Januar 1897 vorgefehene Entscheidung des Borsitzenden der Prüfungskommission über das Vorliegen eines ordnungsmäßigen Rechtsstudiums hat auch die Diziplinen des öffents

lichen Rechts' entfprechend ju berüchfichtigen.

b) Der Erlaß vom 19. August 1903 lautet: Bei der Zulassung der Abiturtenten von deutschen Realgymnasien und preußischen Oberrealschulen zum Rechtstudium ist der Borbehalt gemacht, daß es diesen Studierenden bei eigener Berantwortung überlassen bleibe, sich die für ein gründliches Berständnis der Duellen des römischen Rechts ersorderlichen sprachlichen und sachlichen Borkenntnisse anderweit anzueignen. Das gleiche ist für diesenigen Gymnasialabiturienten bestimmt, deren Reisezeugnis im Lateinischen nicht mindestens das Prädikat "aemügend" ausweist.

Iniwischen sind bei der Mehrzahl der preußischen und auch bei einzelnen außerpreußischen Universitäten besondere sprachliche Borkurse eingerichtet worden, welche geeignet sind, jene für ein erfolgreiches Rechtsstudium notwendige Ergänzung der Borbildung zu vermitteln, nämlich zwei einsemestrige Kurse zur sprachlichen Sinsübrung in die Quellen des römischen Rechts und ein einsemestriger, für realistisch vorgebildete Studierende der juriftischen, medizinischen und philosophischen Fakultät bestimmter Anfängerzurfus im Griechischen.

Der Besuch bieser Vorkurse ist den in Absat 1 Sat 1 bezeichneten Studierenden nachdrücklich zu empfehlen. Das gleiche gilt von den im Absat 1 Sat 2 ermähnten Gymnafialabiturienten mit der Maßgabe, daß sich bei diesen die Empfehlung nur auf die Kurse zur sprachlichen Einführung in die Quellen des römischen Rechts zu beziehen

hat. Sodann ift folgendes zu brachten:

1. Die Oberrealschulabiturtenten find zu ben Kursen zur sprachlichen Sinführung in die Quellen des römischen Rechts nur dann zuzulassen, wenn sie sich bei dem Leiter des Kursus darüber auszuweisen vermögen, daß sie lateinische Sprachkenntnisse sind in dem ungefähren Umfange angeeignet haben, welcher der Reife für die Prima eines Realgymnasiums entspricht.

2. Die Bulaffung jum zweiten Rurfus zur fprachlichen Ginführung in bie Quellen bes romifchen Rechts fest ben

erfolgreichen Besuch bes erften Rurfus voraus.

3. Es empfiehlt sich, daß die Studierenden die Borkurse innerhalb der drei ersten Semester und den Anfängerkursus im Griechischen, wenn nicht schon früher, so doch jedenfalls vor dem zweiten Kursus zur iprachlichen Sinführung in die Duellen des römischen Rechts hören.

4. Den Teilnehmern an ben Borkursen ist am Schluffe bes Semesters von bem Letter ein Zeugnis über Fleiß und Erfolg nach bem anliegenden Muster auszustellen.

5. Die Zahl ber Teilnehmer an ben Borkurfen ist auf 25 zu beschränken.

über	die	Teilnahme	an	
	•••••	•••••		
Kerr	atıı	d. inr.	-	hat an hem



vorbezeichneten von mir ge				
mungen abgehaltenen Kursus	, zu welche	em	Zuhö	rer
jugelaffen waren, mit		3	leiß u	nd
E 1	folg teilge	enommen.	Er l	jat
dabei Arbe				
besprochen und wie folgt beu:	rteilt word	en sind:		· ,
				•
······································		• •		
Borftehendes wird hierbu	rch bezeugt	:.		
	, b	en		.

§ 5. Auf das Gesuch um Julassung zur Prüfung hat der Borsitzende der Prüfungskommission zu bestinden; wird die Julassung in Gemäßheit des § 1 Abs. 3 lit. a beantragt, so hat er das Gesuch vorher dem Oberlandesgerichtspräsidenten vorzulegen, damit dieser sich — vorbehaltlich der endgültigen Entscheisdung in Gemäßheit des § 14 dieses Regulativs — darüber ausspricht, ob er die Beschäftigung des Rechtskandidaten im Bezirke des Oberlandesgerichts in Aussicht nimmt.

Wird das Gesuch wegen Unzuständigkeit der Prüsfungskommission oder, weil der Vorsigende den Fall des Schlußsatzs des § 1 als vorliegend erachtet, zurückgewiesen, so bleibt es dem Rechtskandidaten überlassen, sich an eine andere zuständige Prüfungsstommission zu wenden.

Weist ber Borsitzenbe bas Gesuch aus anderen Gründen zurück, so gilt die erfolgte Zurückweisung für sämtliche Prüfungskommissionen und ist auf ben Zeugnissen zu vermerken.

Eine Burudweisung mit letterer Wirkung hat ins-

besondere zu erfolgen:

a) wenn der Rechtskandidat nicht mährend ber ganzen vorgeschriebenen Studienzeit bei der juristischen Fakultät eingeschrieben mar, vorsbehaltlich jedoch der Entscheidung des Juftigminifters,

b) wenn ber Rechtskandibat nach ben vorgelegten Beugniffen sein Studium so wenig methobisch eingerichtet hat, daß bieses als ein ordnungs= mäßiges Rechtsstudium nicht angesehen werden

fann.

§ 6. Dem zur Prüfung zugelaffenen Rechts- fandidaten hat der Vorsitzende ber Prüfungskommission eine Aufgabe zu einer rechtswiffenschaftlichen Arbeit au erteilen. 1)

Die Aufgaben zu ben schriftlichen Arbeiten werden von dem Borfitenben 2) festgestellt. Der Justizminister behält sich vor, hinsichtlich der Feststellung der Auf-gaben besondere Anordnungen zu treffen.

1) Die Prüfungsgebühr beträgt für jeden Kandidaten nach der Allg. Berfügung des Justizministers v. 21. März 1891 (Justiz-Min Bl. S. 133) fünfzig Mark und, wenn sich die Prüfung eines Kandidaten auf die schriftliche oder auf die mündliche Prüfung beschränkt, die Hälste.

2) Früher konnte der Rechtskandidat wählen, welcher

Difgiplin die Aufgabe angehören follte.

§ 7. Die Arbeit ift binnen einer fechswöchigen Frist in Reinschrift abzuliefern. Am Schlusse hat der Rechtskandidat zu versichern, daß er die Arbeit selbständig angefertigt und anderer als ber von ihm angegebenen Schriften sich dabei nicht bedient habe. 1)

Wird die Frist versäumt, so ist dem Rechtskandisdaten auf seinen Antrag nach dem Ermessen des Borsitzenden entweder alsbald oder nach dem Ablauf einer Frist, welche bis zu sechs Monaten erstreckt werden kann, eine andere Aufgabe zu erteilen. Bei wiederholter Fristversäumung gilt die Prüfung als nicht bestanden (§ 11 Abs. 1).

- 1) Kandidaten, welche sich einer Berletzung der bezüglich der selbständigen Ansertigung einer Prüfungsarbeit am Schlusse berselben abzugebenden Bersicherung (vgl. §§ 7, 33 des Regulativs vom 1. Mai 1883) schuldig gemacht haben, werden vom Justizminister, je nach dem Grade der Bersichuldung, auf Zeit oder für immer von der Prüfung auszeschlossen werden. Dies gilt auch in den Fällen, wo durch Berschweigung der bei der Arbeit benutzten Duellen eine Täuschung der Examinatoren beabsichtigt worden ist. Allg. Bers. des Justizministers vom 26. November 1880 (Justizmins D. 270). Siehe auch unten § 43. In das die Prüfungsaufgaben mitteilende Formular soll die bestimmte Beisung ausgenommen werden, daß aus Autoren entschnte Stellen, mag es sich um direkte Wiedergabe oder um eine Ausnahme in indirekter Rede handeln, durch Einrückung der betr. Zeilen oder durch Ansührungszeichen oder Klamemern genau von ihrem Beginn bis zum Schlusse bestichtet werden. Kundvers. des Just. Win. vom 26. Januar 1897.
- § 8. Die schriftliche Arbeit wird von benjenigen Mitgliedern der Kommission begutachtet, vor welchen die mündliche Prüfung abgelegt werden soll; die Arbeit ist mit den Zensuren zu den Prüfungsakten zu nehmen.

Bu einem Prüfungstermine follen nicht mehr als

vier Rechtskandidaten geladen werden.

Die Prüfung ist insofern eine öffentliche, als zu ihr Studierende ber Rechtswissenschaft und Rechts- tandidaten als Zuhörer Zutritt haben; bie näheren

Anordnungen über die Boraussetzung der Zulaffung und über die Bahl der Zuhörer erläßt der Bor-

fitenbe.

Den Gegenstand der mündlichen Befragung bilben die Disziplinen des öffentlichen und Privatrechts und der Rechtsgeschichte, sowie die Grundlagen der Staatswissenschaften (§ 4 des Gesets über die juristischen Prüfungen und die Vorbereitung zum höheren Justizbienste vom 6. Mai 1869). 1)

Der Borsitzende hat auf eine geeignete Fragestellung hinzuwirken; ob er sich an der mündlichen Befragung beteiligen will, bleibt seinem Ermessen überlassen. Bei der Beurteilung des Prüfungsergebsnisses hat derselbe in jedem Falle mitzuwirken.

- 1) Die Vorsitzenden der Prüsungskommissionen werden darauf halten, daß in jedem Prüsungstermine Stellen aus den römischen Rechtsquellen zum Übersetzen vorgelegt werden und daß serner in jedem Prüsungstermine neben den übrigen Disziplinen daß Staatsrecht, daß Verwaltungsrecht sowie die Grundlagen der Nationalökonomie und der Finanzwissenschaft oder einzelne dieser Disziplinen gebührend berücksicht werden.
- § 9. Die Frage, ob die Prüfung überhaupt bestanden und im Bejahungsfalle, ob sie "ausreichend", "gut" oder "mit Auszeichnung" bestanden sei, wird unter Mitwirfung des Borsitzenden durch Stimmensmehrheit, und zwar nach dem Gesamtergebnisse der schriftlichen und mündlichen Prüfung entschieden.

Bei Stimmengleichheit gibt ber Borfipende ben

Ausschlag.

§ 10. Die Prüfungskommission hat nach beens beter Prüfung zu den Aften zu vermerken: die Aufgabe für die schriftliche Arbeit und das Ergebnis



ber Begutachtung ber letzteren, die Gegenstände ber mündlichen Prüfung, das Ergebnis der mündlichen Prüfung in den privatrechtlichen und in den öffentlicherechtlichen Disziplinen i einschließlich der Grundlagen der Staatswissenschaften, sowie das Gesamtergebnis der Prüfung.

- 1) Der Bermerk über bas Ergebnis ber munblichen Brüfung in ben öffentlich-rechtlichen Difziplinen einschließlich ber Grunblagen ber Staatswiffenschaften wird besonbers für die Rechtstandidaten Bedeutung erlangen, welche beabsichtigen, später in die allgemeine Staatsverwaltung, in die Eisenbahwerwaltung, die Berwaltung der direkten oder indirekten Steuern u. s. f. überzutreten.
- § 11. Ber die Prüfung nicht bestanden hat, ift nach dem Ablauf eines auf sechs dis zwölf Monate zu bestimmenden Zeitraumes auf seinen Antrag zu einer einmaligen Biederholung der Prüfung zuzulassen, sofern er nachweist, daß er ein Salbjahr dem fortgesetzten Rechtsstudium an einer Universität gewidmet hat. Die Prüfungskommission ist ermächtigt, dem Rechtskandidaten diejenigen Fächer zu bezeichnen, deren wiederholtes Studium von ihm vor der nochmaligen Zulassung verlangt wird.

Durch einstimmigen Beschluß ber Prüfungetom=

miffion fann

a) bas weitere Rechtsstudium erlaffen und

b) die Wiederholung der Prüfung auf den schrift= lichen oder den mundlichen Teil beschränkt

oder auch nur eine der Bergünstigungen zu a und ballein bewilligt werden. 1) 2)

Ein Rechtskandidat, ber ohne genügende Entschuldigung den Prüfungstermin versäumt, soll von bem Borsitzenden in der Regel nicht vor Ablauf von drei bis sechs Monaten zu einem neuen Termine geladen werden. Bei zweimaligem, nicht genügend entschuldigten Ausbleiben gilt die Prüfung als nicht bestanden. Dies gilt auch, wenn die Prufung in einem Beitraume von zwei Jahren nach ber Bulaffung bes Kandidaten nicht beendigt ift; Ausnahmen hiervon werden nur beim Borhandenfein befonderer Entschuldigungsgründe von bem Justizminister gestattet merben.

1) Ein weiteres Wahlrecht als es ber Abfan 2 bes § 11 gibt, hat die Br.-A. nicht, namentlich ftehl ihr nicht bie Befugnis zu, die Zeit der Zurudweifzing länger ober fürger ju bemeffen, als im Abfat 1 beftimmt ift. Rundverf. p. 29. April 1896

2) Eine Borschrift, wonach bie zweitmalige Prüfung vor berselben Prüfungskommission abzulegen ist, wie bie mißlungene erstmalige Prüfung, besteht nicht.

§ 12. Wer die Prüfung bestanden hat, erhält über bas Ergebnis ein Beugnis bes Borfigenben ber Brüfungstommiffion.

§ 13. Um jum Referendar ernannt und als folcher eiblich verpflichtet zu werden, hat der in der Brufung Bestandene sich an den Prafidenten besjenigen Oberlandesgerichts, in beffen Begirt er ben Borbereitungs= bienst zurudlegen will 1), unter Borlogung bes Brufungezeugniffes zu menben. 2)

1) Für die Ablegung des Borbereitungsdienstes kommt in erfter Linie berjenige Oberlandengerichtsbezirt in Betracht, welchem ber Randibat burch Abstammung angehört. Berfügung vom 6. Februar 1899.

2) Rechtskandidaten Preußischer Staatsangehörigkeit, melde mahrend bes letten und mindeftene eines früheren Semesters ihrer Studienzeit dem Rechtsstudium an der Univer-



sität Straßburg obgelegen und demnächt vor der Prüfungskommission in Straßburg (früher: bei dem Oberlandesgericht in Colmar) die erste juristische Prüfung bestanden
haben, dürfen zum Borbereitungsdienst für den höheren
Justizdienst in Preußen zugelassen werden, sosen nicht aus
den Prüfungsakten oder sonst bekannt gewordenen Katsachen oder aus den persönlichen Berhältnissen des Kandidaten sich besondere Bedenken ergeben. Rundverfügung
vom 16. Mai 1898.

§ 14. Der Präsibent hat 1) von dem sich Meldenden überzeugenden Nachweis zu erfordern, daß demselben für die Dauer von fünf Jahren die zum standesgemäßen Unterhalt erforderlichen Mittel gessichert sind. 2) 3)

Der Präsident hat ferner die Prüfungskommission, von welcher bas Prüfungszeugnis ausgestellt ist, um

Mitteilung ber Prüfungsaften zu ersuchen.

Der Geprüfte kann mit seinem Antrage auf Zuslassung zum höheren Justizdienst vom Präsidenten zurückgewiesen werden, wenn derselbe aus den Prüssungsakten oder aus ihm sonst kund gewordenen Tatssachen die Überzeugung gewinnt, daß der sich Melbende, der bestandenen Prüsung unerachtet, der Zuslassung zum höheren Justizdienst unwürdig erscheint.

Wird auf Grund einer folden Überzeugung, ober weil der Nachweis eines genügenden standesgemäßen Unterhalts nicht geführt worden ist, das Gesuch um Zulassung zum Justizdienst abgelehnt, so sind die Gründe einer solchen Ablehnung zu den Prüfungs=

aften zu vermerken.

1) Die hier im Regulativ vom 1. Mai 1883 zitierten Allg. Berfügungen vom 24. Januar und 19. April 1843 (I.M.Bl. S. 22, 106) find, soweit sie hier in Betracht kommen, durch Zirk. Restr. v. 16. April 1891 aufgehoben. Rach diesem Restr. sind Personen, welche ihre Aufnahme in den Vorbereitungsdienst für den höheren Justizblenst nachzuchen, zur Erklärung aufzusorbern, oh sie Schulden haben, und es ist die Aufnahme zu versagen, wenn der Aufzunehmende Schulden hat, welche nach Lage der Umstände als übermächtig hohe erscheinen.

3) Betreffs ber Juftigausfultatoren beftimmt § 2 Tit. 4 E. III. ber Preuß. Allg. Ger. D. "Gin folder Randibat muß hiernächst von Mitteln und Unterftützung nicht gang entblokt fein. damit er mabrend ber zu feiner Borbereitung und Brufung erforberlichen Beit fich feinen Unterhalt verichaffen und die Gelegenheit zu feiner Berforgung abmarten Bereits Birtularreffripte bes Juftigm. fonne." 9. November 1827 und 19. Ottober 1831, die Allerh. Order vom 31. Juli 1843 und bas barauf fich ftugende Birtularreffript bes Juftigmin. vom 18. Auguft 1843 icharften ben Grundfat ber Ber. D. allgemein ein; nach letterem Reffript follte "tein Rechtskanbibat zur erften Prüfung verstattet merben, als bis er überzeugend nachgemiesen ober bescheinigt habe, daß er biejenigen Mittel befite ober durch Unterftützung anderer vermögender Berfonen erhalten werbe, welche erforberlich find, um ihm bis ju feiner befinitiven Anftellung ben anftanbigen Unterhalt zu gemahren" Bgl. auch Allg. Berf. bes Juftizmin. vom. 4. September 1863 (Juft. Min. Bl. S. 210). Durch Allerh. B.D. vom 23. September 1867 (Bel.S. S. 1617) find biefe Boridriften in die neuerworbenen Landesteile eingeführt.

3) Die vom Bater ober ber Mutter bes Rechtskanbibaten auszuftellenden Suftentationserklärungen bleiben ftempelsfrei, falls das Bersprechen einer bestimmten Gelbsumme vermieden wird und statt bessen die Form gewählt wird, daß der Bater oder die Mutter versprechen, dem Sohne für die Beit des Borbereitungsdienstes den standesgemäßen Unterhalt im Mindestwerte von jährlich . . . M. zu gewähren. Rundversügung vom 1. August 1899.

4) Nach § 1 Ett. 4 E. III ber Allg.Ger.D. ift bie Aufnahme junger Leute zu Referenbarien von Beibringung eines Universitätszeugnisses über ihr sittliches Berhalten abhängig,



nach § 5 baf. sollen die Präsidenten diese Borschrift pflicht= mäßig beobachten und "die Rollegien mit untauglichen Subjetten nicht beläftigen," nach § 2 foll ber Ranbibat von Mitteln nicht gang entblogt fein, um die Belegenheit bis zu seiner Bersorgung abwarten zu können, nach § 18 bas. follen "unwürdige untaugliche Subjekte" aus ben öffent= lichen Amtern entfernt werben Abnlich bestimmt § 84 bes Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1852 (Ges. Samml. S. 465), daß Referendarien, welche burch eine tabelhafte Führung ju ber Belaffung im Dienste fich unwürdig zeigen ober in ihrer Ausbildung nicht gehörig fortschreiten, von bem vorgefetten Minifter nach Unborung ber Borfteber ber Provingialbienitbehörde ohne weiteres Berfahren aus Dienste entlassen werben konnen. Auch biese Borschriften find durch Allerh. B.D. v. 23. September 1867 in Die neuerworbenen Landesteile eingeführt. Bgl. bef. Bericht der Rommiffion für bas Juftizwefen Rr. 30 ber Dructfachen bes Abg. Haufes 15. Legislaturperiode II. Seffion 1883 bis 84.

§ 15. Die von dem Präsidenten eines Oberlandess gerichts erfolgte Ablehnung gilt für fämtliche übrigen Oberlandesaerichte.

Für ben Bezirk eines Oberlandesgerichts kann ber Antrag auf Julaffung zum Borbereitungsdienst auch aus dem Grunde abgelehnt werden, weil die Zahl der zugelaffenen Referendare in jenem Bezirk bereits eine so große ist, daß eine ausreichende Beschäftigung und zweckmäßige Ausbildung für den sich neu Melsbenden dort nicht zu erwarten steht.

§ 16. Mit bem Tage ber eiblichen Berpflichtung

beginnt ber Borbereitungsbienft.

§ 17. Referendare, welche in ben Bezirk eines anderen Oberlandesgerichts versetzt zu werden wünschen, haben ihr an ben Prasidenten dieses Gerichts zu richtendes Gesuch dem Prasidenten besjenigen Gerichts, in bessen Bezirk sie beschäftigt sind, einzureichen. Genehmigt ber erstere das ihm zu übermittelnde Gesuch,
so ist der Referendar von dem letzteren, ohne daß es
einer Genehmigung des Justizministers dazu bedarf,
zu überweisen. 1)

- 1) Gine vorübergehende Beschäftigung eines Reserendars außerhalb besjenigen Bezirks, welchem er angehört, kann in Sinzelfällen zugelassen werden; in solchen Fällen ift die Form der Bersetzung für eine bestimmt begrenzte Zeit der Beurlaubung vorzuziehen. Berfügung vom 11. Oktober 1883.
- § 18. Die allgemeine Beaufsichtigung und Leitung bes Vorbereitungsdienstes liegt den Präsidenten der Oberlandesgerichte ob. Dieselbe gewährt jedoch nicht die Besugnis, durch allgemeine Verfügung den Gang des Vorbereitungsdienstes in den Sinzelheiten zu regeln.

Im Anfange bes Monats August ist dem Justigminister ein — jum 31. Juli abzuschließendes 1) — Berzeichnis einzureichen, in welchem die einzelnen Referendare aufzuführen sind.

- 1) Der bisherige Sinsenbungstermin (Juli) ist burch Allg. Berf. vom 7. Dezember 1896 auf den August verlegt (Just.Min.Bl. S. 359).
- § 19. Die besondere Beaussichtigung und Leitung bes Borbereitungsdienstes liegt ben Vorständen der Gerichte, ben Staatsanwälten, den Rechtsanwälten und ben Notaren, welchen die Referendare zur Aus-bildung überwiesen sind, ob.

Dieselben haben sich, wenn die Beschäftigung der Referendare bei ihnen aufgehört hat, in einem an ben Präsidenten des Oberlandesgerichts unmittelbar

einzureichenden Zeugnis über das dienstliche und außerdienstliche Verhalten, sowie über die Leistungen derselben und bie darin etwa hervorgetretenen Mängel auszusprechen.

§ 20. Die Referendare find mahrend bes Borbereitungsdienstes bei ben Gerichten und ber Staatsanwaltschaft einem ober mehreren Richtern beziehungsweise Beamten ber Staatsanwaltschaft zu überweisen.

Diese haben die Ausbildung und Schulung berselben in allen Zweigen der gerichtlichen und staatsanwaltlichen Tütigkeit, einschließlich der Justizverwaltung und des Bureaudienstes, zu leiten und zu förbern. Sie werden dabei der Ausbildung der Reserndare in schuiftlichen Arbeiten ihre besondere Auswertsamkeit zuzuwenden und darauf zu achten haben, daß dieselben nicht bloß pünktlich, sondern auch in einer sorgfältigen Form erledigt werden.

- § 21. Es ist barauf zu halten, daß dem einzelnen Beamten nicht mehr 1) Referendare überwiesen wers ben, als mit ber Aufgabe einer wirksamen Beschäftigung und Überwachung verträglich erscheint.
- 1) Einem Aintägerichte sollen in der Regel nicht mehr Referendare überwiesen werben, als die doppelte Zahl der Richter beträgt (Berf. v. 1. November 1890).
- § 22. Es ift ferner barauf zu halten, baß bie Referendare regelmäßig ben Sitzungen beiwohnen, 1) bie von ihnen bearbeiteten Sachen mündlich vortragen, ihre Ansicht in freiem Bortrag entwickeln, auch in anderen als ben von ihnen selbst bearbeiteten Sachen in geeigneter Weise zur Darlegung ihrer Ansicht versanlaßt werben. Auch sind die Referendare in auss

gebehntem Maße zur Wahrnehmung ber Berrichtungen eines Gerichtsschreibers heranzuziehen.

- 1) Durch Rundverfügung vom 25. November 1897 ift es für erforderlich erklärt, daß überall, sowohl bei dem Oberlandesgericht als bei den Landgerichten, der Referendar mährend seiner Beschäftigung in Ivissachen zur Ansertigung mindestens einer Relation in jedem Ronat angehalten wird.
- § 23. Die Ausbildung der Referendare erfolgt zunächst während neun¹) Monaten bei einem Amtsgericht, welches mit nicht mehr als drei Richtern beseicht, welches mit nicht mehr als drei Richtern beseicht, bei dem nicht eine Geschäftsverteilung nach Gattungen besteht. Während des folgenden Jahres ist der Referendar bei einem Landgericht zu beschäftigen und demnächst vier Monate in den Geschäften der Staatsanwaltschaft und sechs Monate in den Geschäften der Rechtsanwaltschaft und des Notariats auszubilden. Nachdem der Referendar dann nochmals neun Monate¹) lang einem Amtsgericht überwiesen ist, erfolgt der Schluß der Ausbildung durch eine sechsemonatliche Beschäftigung bei einem Oberlandesgericht.

Der Staatsanwaltschaft wird ber Referendar auf Ersuchen bes Prasidenten burch ben Oberstaatsanwalt überwiesen.

- 1) Die Dauer ber Beschäftigung bei ben Amtsgerichten war früher auf sechs bezw. auf zwölf Monate festgesett; burch Allg. Verf. v. 12. März 1888 (Just. Min. Bl. S. 64) ift biese Dauer auf je neun Monate bestimmt.
- § 24. Die Präsibenten der Oberlandesgerichte können unter besonderen Umständen, namentlich wenn in Folge der geschäftlichen Verhältnisse die Vorsbereitung des Referendars sonst nicht ausreichend zu



fördern ist, dessen gleichzeitige Beschäftigung in meheren der in § 23 gedachten Zweige des Vorbereitungsbienstes gestatten, auch mit Rücksicht auf die Erfüllung der allgemeinen Wehrpslicht von der in § 23 vorgeschriebenen Ordnung des Vorbereitungsdienstes Abeweichungen zulassen. Von der Vorschrift, daß der Vorbereitungsdienst mit der neunmonatlichen Beschäftigung beim Amtsgericht zu beginnen und mit der Beschäftigung beim Oberlandesgericht abzuschließen hat, ist ohne Genehmigung des Justizministers!) nicht abzuweichen.

Findet ausnahmsweise eine Beschäftigung bei der Staatsanwaltschaft gleichzeitig mit der Beschäftigung in einem anderen Dienstzweige statt, so muß die Beschäftigung bei der Staatsanwaltschaft mindestens die Dauer von sechs Monaten umfassen.

- 1) Referendare, welche die allgemeine Dienstpstlicht ersfüllen, dürfen mährend ihrer militärischen Dienstleistung und mit Rücksicht auf dieselbe auch im Beginne des Borsbereitungsdienstes abweichend von der Borschrift in § 23 bes Regulativs beschäftigt werden, jedoch mit der Maßgabe, daß die in § 23 vorgeschriebene Anfangsbeschäftigung bei einem kleinen Amtsgerichte nach Beendigung der militärischen Dienstleistung nachzuholen ist. Rundverf. v. 1. November 1892.
- § 25. Der Referendar hat ein Geschäftsverzeichnis zu führen, in welchem eine Übersicht seiner Tätigteit unter Hervorhebung der einzelnen bedeutenderen Geschäfte zu geben ist.

Dasselbe ist allmonatlich bem mit ber besonderen Leitung bes Borbereitungsbienstes Betrauten zu übergeben und von diesem zum Zeichen genommener Ginsichtsmit einem Bermerke zu versehen.

Borfdriften." 8. Muft.

§ 26. Der Referendar hat sechs der von ihm mährend des Borbereitungsdienstes beim Landgericht, bei der Staatsanwaltschaft oder beim Oberlandesgericht angesertigten schriftlichen Arbeiten auszuwählen und zu den Dienstakten einzureichen.

̃ Gehören die Urschriften dieser Arbeiten zu den Aften des Gerichts, so sind dieselben in Abschrift

vorzulegen.

Der Arbeit ist eine Außerung bes betreffenden Gerichtsmitgliedes oder Staatsanwalts über die praktische Verwendbarkeit beizufügen und dabei insbesondere zu bemerken, ob die tatsächlichen Verhältnisse richtig und vollständig angegeben sind.

In der Auswahl der einzureichenden Arbeiten sind die Referendare nicht auf Referate und Gutachten oder auf Erfenntnisse in Rechtsstreitigkeiten beschränkt.

Aus ben eingereichten Arbeiten und ben Zeugniffen, welche die mit der Leitung des Borbereitungsdienstes betrauten Personen den Referendaren über die Beschäftigung in den einzelnen Zweigen des Borbereitungsbienstes oder über einzelne Arbeiten ausstellen, ist ein besonderes Anlageheft der Dienstakten zu bilden.

§ 27. Die Präsidenten der Oberlandesgerichte und die mit der Beaufsichtigung des Vorbereitungsdienstes betrauten Personen (§ 19) haben darauf zu halten, daß die Referendare im Dienste wie außerhalb desfelben ein den Zwecken des Vorbereitungsdienstes und ihrer amtlichen Stellung entsprechendes Verhalten beobachten (§ 18 Teil III Titel 4 Allg. Ger. Ordn.) 1)

Wenn ein Neferendar sich so tabelhaft führt, daß er zur Belaffung im Dienste sich nicht würdig zeigt, ober wenn er seine Ausbildung durch Unfleiß vernach=

läffigt, so ift in Gemäßheit des § 84 des Gesets vom 21. Juli 1852 (Ges. Samml. S. 465) die Entslaffung besselben aus dem Dienst in Antrag zu bringen.

¹) S. § 14 Anm. 2.

§ 28. Das Gesuch um Zulassung zur großen Staatsprüfung ist an den Präsidenten des Oberslandesgerichts zu richten.

In dem Gesuch ist nachzuweisen, daß der Referendar seiner Militärpflicht genügt habe 1) oder vom Militär-

bienste gang ober teilweise befreit sei.

Dem Gefuch ift bas Geschäftsverzeichnis beizufügen. 2)

1) Den Referendaren wird bei Bestimmung des Dienstalters die Zeit, welche sie mährend ihrer Studienzeit oder ihres Borbereitungsdienstes in Ersüllung der aktiven Dienstpsicht im stehenden Geere oder in der Marine gedient haben, insoweit in Anrechnung gebracht, als infolge der Ersüllung der aktiven Dienstpssicht die Ablegung der Prüssung später stattgesunden hat. Allerh. Order vom 14. Dez. 1891 (Zustig-Min.BI. S. 361).

2) Die Brufungsgebühr beträgt für jeben Kanbibaten nach ber Kön. B.D. vom 12. Rov. 1755 (Nov. Corp. Const.

Bb. 1 G. 891 ff.) zwanzig Taler, jest fechszig Mart.

§ 29. Die Zeit, während welcher ein Referendar infolge von Krankheit oder von Einziehung zu militärischen Dienstleistungen dem Vorbereitungsdienst entzogen war, ist auf die vorgeschriebene Dauer des Vorbereitungsdienstes in Anrechnung zu bringen, wenn dieselbe während eines Jahres den Zeitraum von acht Wochen nicht übersteigt.

Dasselbe gilt, wenn ber Referendar infolge von Beurlaubung ober aus anderen Gründen bem Bor-

bereitungsdienst mährend eines Jahres auf die Dauer von nicht mehr als vier Wochen entzogen war.

Durch das Zusammentreffen der Fälle des Absat 1 und 2 wird ein Anspruch auf Anrechnung von mehr als acht Wochen nicht begründet. 1) 2)

1) Bur Grläuterung ift burch Rundverfügung vom 20. März 1900 folgendes bestimmt:

1. Die Zeit, mahrend welcher ein Referendar infolge von Sinziehung zu militärischen Dienstleistungen bem Borsbereitungsdienste entzogen war, ist auf die vorgeschriebene Dauer bes Borbereitungsdienstes bis zum Gesamtbetrage von höchstens 32 Wochen anzurechnen und zwar auch dann, wenn die Dauer der Dienstleistung in dem einen Jahre des Borbereitungsdienstes mehr, in dem anderen weniger als 8 Wochen beträgt.

2. Dasselbe gilt, wenn ber Referenbar infolge von

Rrantheit bem Borbereitungebienft entzogen mar.

3. Wird ber Vorbereitungsbienst durch Einziehung zu militärischen Dienstleistungen und infolge von Krantheit unterbrochen, so sind biese Unterbrechungen zusammen in berselben Weise bis zum Gesamtbetrage von höchstens 32 Wochen auf ben Vorbereitungsbienst anzurechnen.

4. Beurlaubungen zu anderen Zweden, als zur Wiedersherstellung der Gesundheit sind nur auf das betreffende Jahr des Vorbereitungsdienstes und nur insoweit anzusrechnen, als sie den Zeitraum von vier Wochen mährend eines Jahres des Vorbereitungsdienstes nicht übersteigen.

5. Durch das Zusammentreffen der Fälle 1 bis 3 mit dem Falle zu 4 wird ein Anspruch auf Anrechnung von mehr als acht Wochen für das Jahr des Borbereitungs-

bienftes nicht begründet.

Unter "Jahr bes Borbereitungsbienstes" im Sinne bieser Berfügung ist ber von ber Bereibigung bes Reserendars ab laufende jährliche Zeitraum zu verstehen.

6. Die Frage ber Dauer ber Beschäftigung eines Reserendars in einem einzelnen Zweige bes Borbereitungsbienstes wird durch die gegenwärtige Verfügung nicht berrührt.



- 2) Das Regulativ enthält für den Fall, daß der Borbereitungsdienst auf ein fünstes Jahr erstreckt wird, keine Ermächtigung zur Anrechnung weiterer Unterbrechungen. Bei der Berechnung der vierjährigen Dauer des Borbereitungsdienstes bleibt auch derjenige Zeitraum außer Betracht, während dessen der Vordereitungsdienst durch die Ableistung des einjährigen Militärdienstes unterbrochen wird. Berf. v. 18. März 1901.
- § 30. Wenn die Prüfung des Gesuchs um Zulassung zur großen Staatsprüfung ergibt, daß der Referendar den gesetslichen und reglementarischen Borschriften genügt hat, so ist über die Zulassung unter Angabe seiner Beschäftigung in den einzelnen Zweigen des Vorbereitungsdienstes von dem Präsidenten unter Beifügung einer gutachtlichen Außerung darüber, ob der Referendar auf Grund der beigebrachten Zeugnisse und nach dem eigenen pslichtmäßigen Ermessen des Präsidenten zur Ablegung der Prüfung für vorbereitet zu erachten sei, sowie unter Übersendung der Dienstaften an den Zustizminister zu berichten.

§ 31. Den Auftrag zur großen Staatsprüfung erteilt ber Justizminister ber Justiz-Prüfungskom= mission.

§ 32. Die schriftliche Prüfung hat eine rechts= wiffenschaftliche Arbeit und eine Relation aus Prozeß=

aften zum Gegenstande.

§ 33. Der Präsident der Prüsungskommission hat dem zur Prüsung zugelassenen Referendar die Aufsgabe zur rechtswissenschaftlichen Arbeit zu erteilen und nach deren Ablieferung Prozesakten zur Ansertigung einer schriftlichen Relation zuzusertigen.

Die miffenschaftliche Arbeit ist binnen einer fecheswöchigen, die Relation binnen einer breiwöchigen Frift

in Reinschrift abzuliefern. Um Schlusse der Arbeiten hat der Referendar zu versichern, daß er diefelben ohne fremde Silfe angefertigt und anderer als ber von ihm angegebenen Schriften fich babei nicht bedient habe. 1)

Wird die Frist zur Anfertigung der wissenschaft= lichen Arbeit verfaumt, fo ift bem Randibaten auf feinen Antrag eine andere Aufgabe zu erteilen; wird Die Frift zur Anfertigung der Relation verfaumt, fo find ihm auf feinen Antrag andere Prozegaften gur Anfertigung ber Relation zuzufertigen. Bei wiederholter Friftverfäumnis?) gilt bie Prüfung als nicht bestanden (§§ 39. 41).3)

1) f. § 7 Anm. 1.
2) Der Rachweis einer Erfrankung, welcher gur Entfoulbigung von Friftverfaumniffen bienen foll, ift burch Beibringung eines Physikatszeugniffes ju führen. Rundverfügung vom 14. Mai 1897.

3) Bufolge Druckfehlers steht in ber amtlichen Publi-

fation hier "40".

§ 34. Die Relation muß eine vollständige und wohlgeordnete Darstellung bes Sach= und Rechts= verhaltniffes, ein begrundetes Butachten und einen Urteilsentwurf enthalten. 1)2)

1) Über die Art der Anfertigung von Relationen ist von bem Präsidenten ber Zustiz-Prüfungskommission am 7. Zuli 1898 folgendes Rundichreiben ergangen (Juft. Min. Bl. 1899 S. 26):

Die Art, in welcher felbft gut bezeugte Kanbibaten ber großen Staatsprüfung ben ihnen zur Anfertigung einer Proberelation zugeteilten Rechtsfall in ihrem Gutachten und in ben Grunden bes von ihnen vorgeschlagenen Urteils behandeln, hat der Juftizprüfungskommission in neuerer Beit besonders häufig Anlag jum Tabel gegeben.

Faft in ben meiften ber gegenwärtig eingereichten Broberelationen geben Butachten wie Urteilsgrunde auf eine in den mitgeteilten Aften enthaltene ober eine vom Ranbibaten für erforderlich erachtete Bemeisaufnahme früher ein, als es ber logischen Anordnung bes Butachtens und ber Urteilsgrunde entspricht. Bahrend bie rechtliche Brufung familicher Barteibehauptungen erft beenbet fein muß, ehe ber Randibat ju bem Schluffe gelangen fann, baß ober moruber Beweis ju erheben ober gar bag ber erhobene Beweiß erbracht ober nicht erbracht fei, werben täglich Arbeiten eingeliefert, in benen g. B. alsbald nach ber Brufung ber einen ober anderen Klagbehauptung bie Erörterung eingeschoben wird, ob biefe Behauptung, auf welche ber Begner fich verneinend erflart hat, burch bie vernommenen Beugen bargetan ober nicht bargetan fei. Findet dann der Kandidat bei Brufung der weiteren Rlagbehauptungen oder ber Ginreben, Repliten und Duplifen, bag es bem Rlaganfpruch an ber nötigen Begrundung fehle, ober bak berfelbe burch eine Ginrebe 2c, ausgeschloffen erscheine, so beantragt er Rlagabweisung, ohne zu erkennen, bak bas stattgehabte und von ihm beurteilte. bamit aber als gerechtfertigt anerfannte Beweisperfahren überfluffig. also mit Unrecht angeordnet mar.

Ein solches Versahren ift nicht nur zu mißbilligen, weil bie durch Prüfung des Beweisversahrens unterbrochene Prüfung der Erheblichkeit der Parteibehauptungen zu dem Resultate sührt, daß ein Anlaß zu Beweiserhebungen überzhaupt nicht vorlag, sondern es ist auch zu mißbilligen, wenn sich das vorweg behandelte Beweisversahren nach der weiteren Sachprüfung als notwendig herausstellt. Denn derjenige, dem Rechtsgutachten oder Urteilsgründe vorzgetragen werden, muß in der Lage sein, schritweise die ihm vorgetragenen Sätze auf ihre Richtigkeit und Schlissiseit zu prüsen. Sierzu sieht er sich aber außerstande, wenn ihm der Satz, es sei sei über diese oder jene Behauptung Beweis zu erheben, früher als am Schlusse der Prüfung sämtlicher Parteibehauptungen entgegentritt.

In seiner schroffften Geftalt führt bies hier getabelte Berfahren bahin, die Beurteilung eines Bivilrechisftreites



mit den Refultaten der Zeugenaussagen oder anderer Beweismittel zu beginnen, als wäre es Sache des Zivilrichters, durch Erhebung von Beweisen — gleich dem Strafrichter — die Ermittelung des Sachverhalts herdeizuführen und dann den ermittelten Sachverhalt rechtlich zu beurteilen, während die Parteibehauptungen die Hauptlache sind und der Zivilprozeh von der Verhandlungsmaxime beherrscht wird.

Daß es sich hierbei nicht etwa bloß um einen formellen Kunkt, sondern um einen weittragenden sachlichen Übelstand handelt, lehrt der Zustizprüfungskommission ihre Ersahrung. Denn die vielsach wahrgenommene nicht diligenswerte Methode, in den Proberelationen eine unlogische Anordnung zu besolgen, führt nicht bloß zu einer ungründlichen Beurteilung des Aktenstosses und zu besiebigem Serauszgreisen einzelner streitigen Latsachen als Gegenstand eines unter Umständen überflüssigen Beweises, sondern sie führt auch besonders dahin, daß die unerläßliche genaue Feststellung des Beweisthemas versäumt, ja sogar dahin, daß im Sachbericht der Beweisbeschluß übergangen und daß nur mitgeteilt wird, was der Insalt der Aussagen von vernommenen Zeugen und Sachverständigen ist.

Einer Berkennung seiner Aufgabe macht sich auch berjenige Kandidat schuldig, welcher ein Beweisversahren in den ihm zugeteilten Atten vorsindet, aber dessenschaften Prüfung im Gutachten oder gar dessen Darstellung im Referate übergeht, weil seiner Ansicht nach das Beweisversahren unnötig gewesen sei. In Fällen dieser Art ist es allein richtig, den Rechtsstreit einschließlich des Beweisversahrens im Sachbericht vorzutragen, im Gutachten aber zunächst das ohne Beweisversahrens zu erlassende Endurteil zu begründen und eventuell dann den in den Atten besindlichen Beweisbeschluß einer Kritit und in honorem judicii das an den Beweisbeschluß sich anlehnende Beweisversahren

einer Prüfung ju unterwerfen.

Steraus folgt zugleich, daß die Proberelationen aus Atten, welche einen Beweisbeschluß enthalten, sich stets auf Prüfung diese Beweisbeschlusses und seiner Fassung mit zu erstrecken haben, und zwar entweder im Prinzipal- ober im Eventualgutachten.

Eine jebe Proberelation muß bemgemäß ihrer inneren Anlage nach ben Weg gehen, baß ber Referent zunächst bie Frage beantwortet:

ob er ohne Beweisverfahren zu einem Endurteile

gelangt.

Verneint er diese Frage, so muß dieser erste Teil seiner Untersuchung mit bestimmter Hervorhebung der Tatsachen schließen, ohne deren Beweis die eine oder die andere Partei nicht obsiegen kann. Damit wird die für den Fall der Verneinung der ersten Frage sich ergebende zweite Frage beantwortet:

was bes Beweises bedürftig fei.

Mis Schluffrage ergibt fich endlich die Frage: ob ber zu erfordernde Beweis erbracht fei.

2) Der Urteilsentwurf muß ben Erforderniffen des § 313 ber Biv.Proz.Ordn. entsprechen.

§ 35. Die Relation kann aus laufenben ober

zurückgelegten Aften erstattet werden.

Dem Prasibenten ber Prüfungskommission sind zu biesem Zwecke von ben Vorständen ber Gerichte zur Prüfung geeignete Prozesakten auf sein Ersuchen mitzuteilen.

§ 36. Die Beurteilung ber beiden schriftlichen Arbeiten liegt benjenigen Mitgliedern der ZustigsPrüfungskommission ob, vor welchen der Referendar die mündliche Prüfung ablegen soll.

§ 37. Die mündliche Prüfung erfolgt vor brei Mitgliedern der Juftig-Prüfungskommission, einschließ=

lich des Präsidenten berselben.

Mit der Prüfung ist ein freier Bortrag aus Aften zu verbinden, welche dem Referendar drei Tage vor dem Termin zugestellt werden.

Die Prüfung ift nicht öffentlich.

- § 38. Bu einem Prüfungstermin follen nicht mehr als fechs Referendare gelaben werben.
- § 39. Die Frage, ob die Prüfung überhaupt bestanden, und im Bejahungsfalle, ob dieselbe "ausereichend" oder "gut" oder "mit Auszeichnung" bestanden sei, wird durch Stimmenmehrheit und zwar nach dem Gesamtergebnisse der schriftlichen und mündslichen Prüfung entschieden.
- § 40. Die Justig-Prüfungskommission hat über bie Erledigung ber ihr erteilten Aufträge bem Justigminister zu berichten.

Referendare, welche die Prüfung nicht bestanden haben, werden auf eine nach dem Ermeffen der Prüfungskommission zu bestimmende Zeit behufs besserer Borbereitung zur Beschäftigung bei einem Gerichte zurückgewiesen.

§ 41. Es ist eine einmalige Wiederholung ber großen Staatsprüfung gestattet. Mißlingt dieselbe, so hat sich die Prüfungskommission auf den Beschluß zu beschränken, daß die Prüfung nicht bestanden sei

Die zu wiederholende Prüfung gilt als mißlungen, wenn die beiden zu wiederholenden schriftlichen Arsbeiten nach dem einstimmigen Beschluß der Kommission den zu stellenden Anforderungen nicht genügen.

§ 42. Für den Fall der zu wiederholenden Prüfung können durch einstimmigen Beschluß der Kommission von der Wiederholung diejenigen Teile (wissenschaftliche Arbeit, Proberelation, mündliche Prüfung) ausgeschlossen werden, in welchen der Referendar den zu stellenden Anforderungen genügt hat.

Ift nur die Proberelation und die mündliche Prü-

fung zu wiederholen, so gilt die zu wiederholende Prüfung als mißlungen, wenn die Proberelation nach dem einstimmigen Beschlusse der Kommission den zu stellenden Anforderungen nicht genügt.

- § 43. Der Kandidat, welcher die Bersicherung der selbständigen Anfertigung einer schriftlichen Prüfungsarbeit (§§ 6, 33) nicht wahrheitsgemäß abgegeben hat, wird von dem Justizminister, je nach dem Grade der Verschuldung, auf Zeit oder für immer von der Prüfung ausgeschlossen.
 - 1) s. § 7 Anm 1.
- § 44. Die Vorsitzenden der Prüfungskommissionen haben im Anfang eines jeden Zahres über die im verstoffenen Jahre vorgenommenen Prüfungen und beren Ergebnis einen Generalbericht zu erstatten. 1)
- 1) Das biesem Regulativ entsprechende Regulativ für Kandidaten des höheren Berwaltungsdienstes vom 30 Nov. 1883, ergänzt durch Staatsministerialerlaß vom 16 Juni 1887, siehe im Min.Bl. für die innere Verw. 1884 S. 1 sf., 1887 S. 136. Bgl. auch Herrfurth, das Gefet, betr. die Befähigung für den höheren Berwaltungsdienst.

Sachregister.

Ablehnung berAnftellung als Referendar 43. 45. Abmeldung, Berfagung ber Befdeinigung 31. Abteilungsdirigenten ber Regierungen 18. Abvolatanwälte 21.

Abvokaten 21. Aktennotiz über die erste

Prüfung 40. Augemein = wiffenschaftliche Borlefungen 3.

Amtsgerichtliche Tätigkeit ber Referendare 48.

Ans und Abmelbung auf der Universität 31. Anhalt, Rechtskandidaten

aus A. 27. Affistenten 11. 12. 33. 35. Auftrag zur großen Staatsprüfung 53.

Ausländische Universitäten

Beschäftigung ber Referen= bare 48. 49.

Bescheinigung auskömmlicher Mittel 43.

Beurlaubungen mährend des Borbereitungsdienstes 51. Bremen, Rechtskandidaten aus B. 27.

Bureaudienst, Beschäftigung der Referendare 24. 47. Bürgerliches Gesethuch, Ginfluß auf das Rechtsstudtum 4 ff.

Deutsche Rechtsgeschichte im Studienplan 6. 8. 32.

Deutsches bürgerliches Recht 8. 32.

Deutsches Privatrecht 8. 32. Dienst bei Gerichten, Rechtsanwälten, Staatsanwalt-

schaft 17. Dienst bei Berwaltungsbehörden 17.

Dienstalter, Anrechnung ber Militärzeit 51. 52.

Dispens vom breijährigen Stubium 22.

Disziplinarische Entlassung der Reservandere 45. 50.

Durchsuchungen, Entscheis bung nicht burch Referens bare 19.

Sibliche Berpflichtung ber Referendare 45. Einführung in bie Rechts:

wissenschaft 8. 32. Einiähria - Freiwilliaen - Labr

Einjährig Freiwilligen: Jahr 13. 51.

Entlassung der Referendare wegen Unwürdigkeit ober Unfleiß 45. 50.

Erfte Prüfung 22. 26 ff.

— — Zuständigkeit der Kom= missionen 27. Finanzpolitif als Prüfungsgegenstand 19.

Fleißzeugnisse 10. 20. 33. 36.

Frist für die wissenschaftliche Arbeit 38. 53.

Gerichte, Borbereitungs: bienft 17.

Gerichtsaffefforen, Ernennung 25.

Gerichtsverfaffungsgefet 17. Geschäftsverzeichnis ber Re-

ferendare 49. 51. Gefuche um Zulaffung zur ersten Prüfung 29 ff.

Große Staatsprüfung 18. 25. 53 ff.

Grundlagen ber Staats wiffenschaften als Brüfungsgegenftand 22. 40.

Grundzüge bes beutschen Privatrechts 8. 32.

Samburg, Rechtstandibaten aus S. 27.

Silfsrichter, Referendare 20.

Immatrikulation bei ber juristischen Fakultät 38. Institutionen bes römischen

Rechts 8. 32.

Zahresbericht der Vorsitzens ben ber Prüfungskoms missionen 59.

Jahrenverzeichnis der Referendare, zum 31. Juli abs zuschließen 46.

Juriftische Enzyklopadie 8.

Juriftischer Unterricht, Einfluß bes B.G.B. 4 ff. Justitiarien 18. Justiz Mrüfungskommission

Juftiz = Prüfungskommission 22.

Rommission für die erste Prüfung 26 ff.

Rrantheit mahrend bes Borbereitungsbienftes 51.

Kurse zur sprachlichen Ginführung in die Quellen des römischen Rechts 30. 35. 36.

Landgerichliche Beschäftigung ber Referenbare 48.

Landrat, Befähigung bazu 19.

Lebenslauf beim Antrag auf Julaffung zur Prüfung 30. Letziwillige Berfügung, Aufnahme nicht burch Reserendare 19.

Lippe, Rechtstandibaten aus bem Fürftentum Lippe 28. Lübed, Rechtstandibaten aus L. 27.

Maturitätszeunis 29.

Militärische Dienstleistungen mährend des Vorbereitungsdienstes 51.

Militarverhaltniffe, Zeugnis barüber 29. 51.

Mitglieder der Kommissionen für die erste juristische Prüfung 28.

Mündliche Prüfung 39. 57.

Michtbestehen ber Brüfung bet wiederholter Saumnis 41. 54.

Notar, Borbebingungen 21. Notariat, Beschäftigung ber Referendare 46.

Oberlandesgerichte als Prüfungebehörben 18. 22.

Oberlandesgerichtl. Befchaftigung ber Referendare 48. Oberrealichulen Reifezeug.

nis von O. 29. 30. 35. Oberverwaltungsgericht, Mit:

alieber 18.

Offentliches Recht als Prüfungegegenstand 19. 22.

Offentlichkeit. bei ber großen Staatsprüfung augge: faloffen 57.

Offentlich-rechtliche Borlefungen 7.

Rechts: Ordnungsmäßiges studium 33. 38.

Banbetten 6. 8. 32. Prabitate nach beftanbener Prüfung 40. 50.

Breukisches Lanbrecht im Studienplan 6. 8. 32.

Preugisches Recht, Entwidlung 8. Privatrecht als Prüfungs:

gegenstand 19. 22. Proberelation ber großen Staatsprüfung 53.

Prüfung, erfte 17. 22ff. 26ff. - - Offentlichteit 39.

Prüfungen, zwei 17. 18. 21.

Prüfungstommiffionen 26.

Prüfungebifziplinen 30. Prüfungegebühren 38. 51. Prüfungeregulativ 26 ff. Prüfungstermin, zweimali: ges Berfäumen 42.

Mealgymnafial=Reifezeugnis 29. 35.

Rechtsanwälte, Examinatoren 28.

Rechtsanwalt, Bertretung durch Rechtstundige 20. 21.

- Borbedingungen 21.

Rechtsanwaltliche Beichäfti: gung der Referendare 48. Rechtsanwaltschaft, Vorberei= tungsbienft 17.

Rechtsgeschichte als Brü= fungegegenstand 22.

Rechtslehrer, Examinatoren 28. 29.

Referendare als Gerichts: fcreiber 25. 48.

– amisrichterliche Geschäfte 19. 20.

- Beichäftigung 24. 47 ff.

- Entlaffung 45.

- Ernennung 24. 42 ff. Regierungen, Abteilungs: dirigenten 18.

Regierungen, Mitglieber 18. Regulativ für die Prüfungen Ž6 ∰.

Reifezeugnis 29.

Relation ber großen Staats: prüfung 53. 54.

Richteramt , breijähriges Studium 7. 21.

– Fähigkeit 17.

- zwei Prufungen 21.

Richter als Examinatoren 28. Richterliche Geschäfte ber Referendare 19.

Römische Rechtsgeschichte 8. 32.

Römisches Recht im Studiens plan 5. 8. 32.

Rheinisch-französisches Recht 6. 8. 32.

Schöffengericht, Bilbung nicht durch Referendare 19. Schriftliche Arbeiten der Rechtstandidaten 33.

— ber Referendarien 47. — — — sechs zu ben Dienstatten 50.

Schulden ber Rechtskanbis baten 43.

Schwarzburg = Sonbershaus fen, Rechtskandibaten aus Schw.=S. 27.

Schwurgerichte, Bilbung nicht burch Referendare 19. Selbständigkeit der Prü-

fungsarbeiten 38. 54. Sigungen, Teilnahme ber

Referendare 47.
Staatsanmälte Framings

Staatsanwälte, Eraminas toren 28.

Staatsanwalt, Borbedingungen 21.

Staatsanwaltschaft, Borbes reitungsbienft 17. 48.

Staatswiffen chaften als Prüfungsgegenstand 22. 23. 40. 41.

—, Studium 7. 18. 22. 23. Staatsmiffenschaftliche Bor- lesungen 7.

Standesgemäßer Unterhalt ber Referendare 43 ff.

Studienfleiß 9.

Studienordnung 5. 13.

Studienzeit, Berlängerung 7. 10.

Studium, breifähriges 17. 18. 21.

Stundenzahl ber Borlesungen 8. 12. 34 ff.

Suftentationsnachweis der Referendare 43.

Syftem bes römischen Rechts 8. 32.

Täuschung burch Berschweisgen entlehnter Stellen in ben schriftlichen Arbeiten 38. 39.

Terminsabhaltung burch Resferendare 20.

Ablehnung als Grund ber Ablehnung eines Referens bars 45.

Übungen im Studienplan 5. 6. 11. 32. 34.

— seminaristische 29. Universitäten 18. 22.

— ausländische 13.

- deutsche 17. 21.

Universitätslehrer, Egaminas toren 28.

Universitätsstubium, breis jähriges 17. 21.

Unfleiß als Grund ber Entlaffung von Referendaren 50. 51.

Universitätszeugnisse 29. 30. 31. 33. 36.

Unfittliches Berhalten als Grund ber Burudweifung von Rechtstandidaten 43. Untauglichkeit als Grund ber Zurüdweisung von Rechtstandidaten 45. Unwürdigfeit als Grund ber Entlassung ber Referenbare 50. Urteilsfällung, nicht burch Referendare 19. Berfaffungsrecht als Prüfungsgegenstanb 19. 40. Berfügung von Tobes megen, nicht burch Referendare 19. Berhaftungen, nicht durch Referendare 19. Berschweigen der Autoren ber in schriftlichen Arbeiten aufgenommenen Stellen39. Berfetung ber Referendare auf Wunsch 45. Berficherung am Schluffe ber foriftlichen Arbeiten 38.54. Verwaltungsbehörden, Borbereitungsbienft 17. Bermaltungsbienft, höherer 18. Verwaltungsrecht als Prüfungegegenstand 19. Prü= Bolkswirtschaft. als

fungegegenstand 19.

- vierjähriger 18. 25.

Vorbereitungsbienft, Beginn

mit ber Beeidigung 45.

Vorbereitungsbienft,

jähriger 17.

Borbereitungsbienft, Leitung und Beauffichtigung 46. Vorlefungen, Stundenzahl 8. Vorlefungsanfundigung ber Ubungen 34. Borfigenber ber erften Brufung, Beteiligung an ber Befragung 40. Bortrag in der großenStaats: prüfung 57. Bieberholung ber erften Brüfung 41. - — zweiten Prüfung 58. Wiffenschaftliche Arbeit für bie erfte Brufung 38. 39. - - für bie gweite Brufung 53. Benfur ichriftlicher Arbeiten 9. 33. Beugnisheft zu ben Dienftaften bes Referendars 50. Beugniffe über bie Referenpare 46, 47. Zeuanisse über Teilnahme an Übungen 10. 33. 36. Beugnis über bas Befteben ber erften Brufung 42. Bitate in ben Prufungs: arbeiten 39. Bivilprozeffualische Ubungen 7. Zurückweisung von der ersten Prüfung 10. 33. 37.

brei=

Zwangskollegien 12.

3mifcheneramen 9.

Berlag von Frang Hahlen in Berlin W. 8.

Dr. Adolf Stölzel:

[Drafitent ber Auftigprufungstommiffion, Wirflider Bebeimer Rat ac. ac.]

ulung für die zivilistische Praxis

Erfter Teil.

Bmeiter Teil.

Ueber Proberelationen. Eine Mitteilung aus der Juftigprufungskommiffion. Fierte burchgefebene und vermehrte Auflage.

> Rartoniert M. 2 .-. 1902.

Rechtslehre und Rechtsprechung.

Ein Bortres gehalten in der juriftifden Gefellichaft ju Wien am 7. Dezember 1898. Mit einer Tafel. 1899. Beheftet M. 1,20.

Rarl Gottlieb Suarez. Ein Beitbild ans der zweiten falfte des achtzehnten Jahrhunderts. 1885. Beb. M. 10,-. Beb. M. 12,-.

Brandenburg-Preugens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung Dargeftellt im Birken

feiner Jandesfürften und oberften Juftigbeamten. 1888. Amei Bande. Geb. M. 22,-.. Beb. M. 26, -.

fünfzehn Norträge

Brandenburgisch-Preußischen Rechts- und Staatsgeschichte

1889. Beb. M. 3,50. Beb. M. 4,50.

Die Entwicklung

der

gelehrten Rechtsprechung

untersucht

auf Grund der Akten des Brandenburger Schöppenstuhls

Adolf Stölzel.

Band 1.

Der Brandenburger Schöppenstuhl. Mit einer Abbildung von Brandenburger Schöppenstuhlesiegeln.

1901. XVIII und 610 S. gr. 86.

Preis: geheftet 12 Mark, gebunden 14 Mark.

Urkundliches Material

aus den

Brandenburger Schöppenstuhlsakten.

Unter Mitwirkung

von med

Ernst Deichmann,

Dr. Victor Friese,

herausgegeben

von

Dr. Adolf Stölzel,

Präsidenten der Justizprüfungskommission in Berlin.

Vier Rände.

1901. 134 Bogen gr. 80. Geheftet 40 Mk., gebunden 46 Mk.

Erster Band: Urkunden bis 1580. Zweiter Band: Urkunden seit 1581. Dritter Band: Die von Bismarck in den Brandenburger Schöppenstuhlsakten. Vierter Band: Spruchsammung des Brandenburger Schöppenstuhls (nebst ausstührlichem Persenen-, Orts- und Sachregister zu allen vier Bänden).

Inhrbuch des Dentschen Rechtes.

Unter Mitwirkung zahlreicher und namhafter Juristen herausgegeben von

Dr. Hugo Neumann,

Rechtsanwalt am Rammergericht gu Berlin.

1. Jahrgang

(die Seit bis Unfang 1903 umfaffend). Drei Bande.

1904. 96 Drudbog. Leg. 8º. Beh. 24 M. Beb. in 2 halbfrzbb. 29 M.

Der Leser des Jahrbuchs wird durch die übersichtlichen, wiffenschaftlich und pratitifch gearbeiteten Berichte des Jahrbuchs fortbanernd auf dem laufenden erhalten über die Ergebnisse der Juditatur und Literatur zu dem gesamten der Fivilrechtspfiege dienenden Reichorechte.

Handansgabe

Bürgerlichen Gesetzbuchs

unter Berücksichtigung der sonstigen Reichsgeseite und der Gesetzebungen aller Gundesstaaten insbesondere Preussens für Studium und Praxis

bearbeitet von

Dr. Hugo Menniann, Rodetsanwalt am Königl, flammergericht zu Beilin.

1903. — Dritte, vermehrte und verbefferte Anflage.

Drei Banbe.

Beheftet Ml. 26,-. Gebunden (halbfrang) Ml. 31,-.

die befte fein. (Deutscher Reichsanzeiger v. 19. IX. 1900.)

— "eine richtige gandausgabe, und wir können uns kaum denken, daß eine folche fleißiger und geschickter hergestellt werden kann." Juftigrat Dr. Stanb (Centiche Jariften-Zeitung).

Der juristische Vorbereitungsdienst

in Freußen

pon

Sermann Danbenfpeck,

Reichsgerichtsrat a. D.

1900. Beheftet M. 18,-. Bebunden (halbfrang) M. 20,-.

... "Der Derfasser tann bes warmsten Dantes nicht nur der Reserendare und der mit ihrer Ausbildung betrauten Richter, sondern aller derer sicher sein, denen das schwierige und wichtige Problem einer guten Ausbildung unserer jungen Juristen am Herzen liegt..." Prof. Dertmann (Archiv f. burgerl. Recht Bb. 18).

Dr. Fibler (Sticht. f. dtich. Zivilprozef Bb. 28).

handbuch des gesamten Rechts.

Eine Rechtsenzyklopabie für Stubierenbe und zum Selbstunterricht

bearbeitet von

Dr. jur. A. Stephan, Baijerlicher Geheimer Regierungsrat, Abteilungs-Dorfthenber im Patentamt, Profesor an ber Cechnischen Hochschule zu Berlin.

1903. XXII u. 848 S. Leg. 80. Bebunden 16 M.

— "Ein treffliches Repetitorium für die Rechtsbeflissenen eignet es sich gleichgut zum Selbstunterricht sowie als Jührer und Berater in allen portommenden Rechtsfragen."
(Bochschul-Rachtichen XIII, Jahrg. B. 148.)

— "Die überaus fleißige und forgfällige Arbeit . . . wird für Rechtsbefliffene ein treffliches Repetitorium auf den bebandelten Gebieten fein."

(Monatsfdrift für beutiche Beamte v. 1. XII. 1902.)

Das Bürgerliche Gesethuch

fyftematifc bargeftellt von

E. Goldmann und L. Lilienthal,

Rechtsanwälten in Berlin.

Ameite (nach dem Syftem des B.G.B. bearbeltete) Auflage. Erfter Band.

Allgemeiner Teil und Recht der Schuldverhältniffe. 1903. Geheftet 19 M. Gebunden (Halbfrang) 21 M.

— "Nahe verwandt mit dem Dernburgschen Lehrbuch ift die systematische, sich jedoch mehr an die Legalordnung anlehnende und mehr sommentatorische Darftellung von Goldmann und Lilienthal. Insbesondere teilt es mit jenem die wissenschaftliche Durcharbeitung und die klare, präzise Darstellung. Die Versassen wissenschaftlich auf durchaus selbständigem Boden, und ihre scharffinnigen Auslegungen tragen außerordentlich viel zur Erkenntnis des neuen Rechtes bei. Wie Dernburg möchten wir anch dieses Wert dringend empsehlen. Wir sind überzeugt, daß diese beiden Werte künstig sehr starten Einsluß auf Wissenschaft und Rechtsprechung gewinnen werden". (Leinziger Teitung.)

Bernhardi. — handworterbuch zum Burgerlichen Gesethuche von h. Bernhardi, Landgerichts Praftdent. Dritte, durch Bezugnahme auf die Aebengesethe, die Literatur, die Entickeloungen bes Reichsgerichts und die preuß. Ausführungsbeftimmungen vermehrte Auflage. 1902. Geb. M. 6,50. Geb. M. 1,50.

v. Brünneck. — Beiträge zur Geschichte des Kirchenrechts in den deutschen Kolonisationslanden. Von Dr. Wilh. von Brünneck, Geh. Justizrat, ord. Honorar-Professor in Halle a. S. I. Zur Geschichte des Kirchenpatronats in Ost- u. Westpreussen. 1902. Geh. M. 1,20. II. Zur Geschichte des märkischen Provinzialkirchenrechts. 1904. Geh. M. 8.—.

Dauben ped. — Referat, Votum und Urteil. Eine Unleitung für prattifche Juriften im Vorbereitungsdienst. Don Berm. Dauben- fped, Reichsgerichtsrat a. D. 1902. Bele Auflage. Geb. M. 5,40. Geb. M. 6,40.

- Didel. Rechtsfälle. Jum Gebrauche bei Vorlesungen und jurstlischen Uebungen. Jekt 1. Anopige aus Prozestatten ("inriftische Klinit"). Don Professor Dr. Kart Didel. Iwette Kuffage. 1901.

 Huffage. 1901.
- nfeft 2. Berichtsverfassung, Zivilprozeß, Zwangsvollstrestung in bas unbewegliche Dermogen, Confurs. 1899.
 Cep. M. 4,-. Geb. M. 4,80.
- Aufammenstellungen aus dem Deutschen bürgerlichen Rechte, insbef. bem B.G.B. n. H.G.B. mier Berachchtigung anderer wichtiger Reichsgesese u. einiger pranft. Gefes. 1900.
- Das beutsche Bürgerliche Recht für forstmanner. Don Prosesson Dr. Karl Didel, Umtogerichtstat und Lehrer an der forstatademie zu Eberswalde. 1900. Geb. M. 10,—. Geb. M. 11,—.
- Elthader. Die handlungsfähigfeit nad deutschem burgerlichem Recht von Dr. Daul Elfbacher, Privatogenten und Gerichtsaffelfor in halte a. G. Erfter gand: Das rechtswirffame Verhalten. 1903. — Geb. 211. 7,50.
- Josef. Rechtsfälle zum Burgerlichen Besethuch. Don Dr. Eugen Josef, Notar a. D. in ftelburg i. Br. 3weite, auf Grund ber neuen Rechtsprechung und Leteratur vermehrte Auflage. 1902.
 - —— Rechisfälle zum Handelsgesetzuch innter Berückschitgung von Dorschriften des sonstigen Burgertichen Acicharabis. 1991. Beb. M. 2,—.
- Rechtsfälle zum Zwangsverkeigerungsgesetz, zur Brundbuderdnung, zum Liegenschaftsrecht, zum Neichsgesetz über die Arteiwillige Gerichtsbarteit unter Berücklichtigung anderer Reichsgesetz privatrechtlichen Inhalts. Don Dr. Eugen Jose f. 1901. Geb. M. 1,50.
- Arobitsch. Die Verfügung in Straffachen. (Strafverfolgung und Strafvollkreckung.) Ein praftisches Handbuch für den factsanwalltlichen Dienft. Unter Berückschipgtigung der gegebenen Literatur und Judikatur, sowie unter Anführung zahlreicher Beispiele bearbeitet von Krobitsch, Candgerichts-Präsident. Fweite, neubearbeitete Auflage. 1903.
- Rroschel. Die Abfassung der Urteife in Straffachen. für bie Pragis bargestellt von Dr. Ch. Aroschel, Landgerichtsrat Fierte vermehrte und verbesterte Auflage. 1904. Rart. M. 2,--.
- Leonhard. Die Beweielast. Von Dr. frang Leonhard, Professor an der Universität Marburg. 1904. Och. M. 9.—.
- Litten. Die Wahifculd im deutschen Burgerlichen Rechte. Don Dr. Frig Citten, Privatbogenten und Berichtanffefor in Salle a. S. 1903.

- Mever. Anleitung zur Prozeftpraris in Beifpielen an Rechtsfällen, herausgegeben von Berm. Meper, Geheimer Jufigrat. Seifte verbefferte Auflage. 1902. Geb. M. 6, ... Geb. M. 7, ...
- Olshaufen. Die Strafgefetgebung des Deutschen Reichs. Leztausgabe mit Anmertungen und Sachregister zum prattifchen Gebrauch von Dr. Juftus Olshaufen, Oberreichsanwalt.
 - Band I. Strafgesethuch für bas Deutsche Reich. Siebente Auflage. 1900. Gebunden M. 1 .-
 - ,, II. Reichs-Strafprozefordnung. 1901. Gebunden M. 1.80
 - " III. Die Reichs Militar Strafgefetzgebung. 1902. Gebunden M. 2.50
 - " IV. Reichs Straf Nebengesetze mit Ausschluß einzelner Materien. — 2. Auslage. 1902. Gebunden M. 5,—
 - "V. Die Reichs-Gesethe betr. das geistige u. gewerbliche Eigentum. 2. Auslage.
 - , VI. Die Reichsgesetze betr. das Gewerbewesen u. die Arbeiterwersicherung. 1903. Gebunden M. 3,—.
 - , VII. Die Reichs-Gesetz beite. das Abgabenwesen.
 - , VIII. Die Auslieserungs- und Konsularverträge des Deutschen Reichs. 1908. Gebunden M. 2.40
 - " IX. Die Reichs-Strafgesetzung für die Deutschen Ronsulargerichtsbezirke und Schutgebiete.

Band IX enthält Nachtrage und Inhaltsübersicht zu den früheren Banden sowie ein dronologisches Gesehesregister zu allen Banden.

Preis für die, nunmehr abgeschlossen, vollständige Sammlung, Bd. I bis IX, gebunden, zusammen in Karton M. 18,50.

Verlag von franz Vahlen in Berlin.